

POSITIONIEREN KONFRONTIEREN STREITEN

Handlungsempfehlungen
zum Umgang mit der AfD

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin


Telefon + 49 (0)30. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Mitarbeit: Ruben Bögeholz, Ronja Buschmann, Christina Dinar, Roxana Erath, Enrico Glaser, Britta Kollberg, Stefan Lauer, Robert Lüdecke, Laura Piotrowski, Simone Rafael, Judith Rahner, Patrick Reichhardt, Jan Riebe, Oliver Saal, Niklas Schröder, Carina Schulz, Rachel Spicker, Teresa Sündermann, Milan Swarowsky, Sofia Vester

Titelbild: © picture alliance/dpa/Ralf Hirschberger

Gestaltung:  Design

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100 % Altpapier

ISBN: 978-3-940878-30-4

© Amadeu Antonio Stiftung, 2017

Inhalt

Vorwort	2
Eine kurze Geschichte der AfD	5
Mit Rechtspopulist_innen debattieren?	8
Auseinandersetzung in Parlamenten und Kommunalvertretungen	10
Praxisbeispiel Sachsen-Anhalt: »Die politischen Intentionen sichtbar machen«	11
Praxisbeispiel Berlin: Ein Konsens gegen Rechts	12
Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten	13
Wie Medien mit rechtspopulistischen Positionen umgehen können	16
»Überforderte Atemlosigkeit«. Interview mit Alice Lanzke	16
Beispiel Sprache und Provokation – Das AfD-Strategiepapier	17
»Konkret nachhaken und eigene Schwerpunkte setzen!« Interview mit Sabine am Orde	19
Handlungsempfehlungen: Umgang mit rechtspopulistischen Positionen in den Medien	20
In der pädagogischen Arbeit gegen Rechtspopulismus handeln	21
Praxisbeispiel: Erklärung zivilgesellschaftlicher Träger in Sachsen-Anhalt	21
Praxisbeispiel: »Wir haben uns gefragt: Ist die AfD mit unserer Satzung vereinbar?«	21
Beispiel Hannover: Ein Jugendhilfeausschuss unter Vorsitz der AfD	22
Interventions- und Handlungsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit	23
Spezifika im Umgang mit der AfD an Schulen	25
Praxisbeispiel »Schule ohne Rassismus«. AfD-Mitgliedern an Schulen begegnen	25
Beispiel: Berliner Lehrer wird entlassen – AfD inszeniert sich als Opfer	26
Praxisbeispiel Hochschule: »Engagement für Benachteiligte ist gefragt«	27
Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD im schulischen Bereich	28
Umgang mit familien- und geschlechterpolitischen Positionen der AfD	29
Praxisbeispiel Mecklenburg-Vorpommern: Lebensrealitäten von LSBT*I*	30
Praxisbeispiel: AfD-Hausverbot im schwul-lesbischen Beratungszentrum	30
Handlungsempfehlungen: Familienpolitik für Vielfalt	31
Zum Umgang mit Rechtspopulismus im Internet	33
Wie die AfD das Internet nutzt	33
Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD im Internet	34
Beispiel: Geburt und Verbreitung einer falschen Nachricht	35
Handlungsempfehlungen: Was gegen Online-Shitstorms hilft	35
»Die AfD ist der Garant für die freie Rede«. Eine Auswahl von Zitaten	37
Literatur, Ratgeber, Websites	39

Rechtspopulistische Positionen werden in Deutschland von Politiker_innen fast aller Parteien vertreten. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist jedoch die einzige bundesweit agierende Partei, die dies zur Methode erhoben hat. Deshalb beschäftigen wir uns in dieser Broschüre exemplarisch mit der AfD. Die Ratschläge und Handlungsempfehlungen sollen jedoch allgemeine Gültigkeit für die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Positionen und rechtspopulistischen Methoden beanspruchen.

Jedes Kapitel enthält in einem ersten Teil Informationen zu Positionen und Strategien der AfD. Danach würdigen wir in Praxisbeispielen aus dem jeweiligen Themenbereich Initiativen und Projekte, die auf lokaler Ebene einen aus unserer Sicht gelungenen und nachahmungswürdigen Umgang mit der AfD gefunden haben. Aus diesen Praxisbeispielen haben wir auf das Thema des jeweiligen Kapitels bezogene, möglichst allgemeingültige Handlungsempfehlungen abstrahiert. Am Ende jedes Kapitels finden sich Kontaktinformationen zu Initiativen, die in den spezifischen Feldern zu Rechtspopulismus beraten, sowie Empfehlungen zu einer vertiefenden Lektüre.

Vorwort

Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung

Es ist wie mit Zahnschmerzen: Sie kommen, tun weh und verschwinden dann häufig für ein paar Tage oder Wochen. Am Anfang sind sie leicht zu ignorieren. Das Gleiche passiert dann noch zwei- oder dreimal, bevor sie wirklich zum Problem werden und Ignorieren nicht mehr funktioniert. Dann hilft nur noch der Bohrer oder eine Wurzelbehandlung. Wer nicht aufpasst und die Zahnschmerzen immer weiter ignoriert, hat am Ende ein Zahnimplantat im Mund.

So ähnlich verhält es sich gerade mit der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) und dem Umgang mit ihr. Während am Anfang die Aufregung groß und die mediale (Selbst-)Inszenierung in den Talkshows sehr präsent war, wurde aufgerufen, »die AfD zu entzaubern« und »inhaltlich zu stellen«. Seitdem ist nicht viel passiert. Parteien und NGOs haben Handreichungen und Rhetoriktrainings zur AfD und zum neuen Rechtspopulismus entwickelt, Tages- und Wochenzeitschriften befragen ihre Leser_innen zur »Demokratiekrise« in Deutschland, und auf Initiative des Bundestagspräsidenten Lammert wurde die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages geändert, um zu verhindern, dass ein Alterspräsident der AfD die neue Legislaturperiode eröffnet.

Eine kohärente Strategie in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist trotz der zusätzlichen Dynamik durch Trump nicht erkennbar. Auch wenn immer wieder der Eindruck entsteht, die Erfolgsserie der AfD sei zu Ende und die Auseinandersetzung habe keine Relevanz mehr: Das Gegenteil ist der Fall. Gerade auf kommunaler Ebene führt allein schon ihre Anwesenheit oder die Wahl in kommunale Gremien zu erheblicher Unsicherheit im Umgang. Die notwendigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner werden im Fall der AfD zu oft vermieden.

Von unseren europäischen Nachbarländern und aus wissenschaftlichen Studien wissen wir: Das Auftreten von

rechtspopulistischen Parteien verändert auch ohne eine Regierungsbeteiligung die politische Kultur entscheidend. Die Erfahrung zeigt auch, dass sich rechtspopulistische Parteien nach Einbrüchen bei Wahlen mittelfristig immer wieder konsolidieren oder durch erfolgreiche andere populistische Neugründungen verdrängt werden.



Rechtspopulismus muss insofern also als Teil einer europäischen Normalität gesehen werden, ohne sie dadurch gerade in Deutschland normalisieren zu wollen. Nicht zwangsläufig ist hingegen, dass ohne Not menschenrechtliche und rechtsstaatliche Grundsätze und Verfahren infrage gestellt oder Individualrechte beschnitten werden. Dies ist eine häufig zu beobachtende Reaktion, wenn etablierte Parteien auf rechtspopulistische Initiativen antworten wollen. Gerade *wir* sollten – als Lehre und Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der DDR – die allgemeinen Menschenrechte und unsere Rechtsstaatlichkeit nicht leichtfertig infrage stellen.

Die AfD hat Wahlerfolge vorzuweisen: In allen Landtagswahlen, die seit der letzten Bundestagswahl abgehalten wurden, schaffte die AfD den Sprung in das jeweilige Landesparlament, oft mit einem zweistelligen Ergebnis. Sie ist nun ein anderer politischer Faktor als noch vor einigen Jahren – insofern muss sich auch der Umgang mit ihr ändern.

Hatte die erste Auflage unserer Handlungsempfehlungen noch den Titel »Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen«, wollen wir nun mit der vorliegenden komplett überarbeiteten Handreichung zu einer anderen und offenen Form der Auseinandersetzung beitragen. Wir wollen, dass sich Parteien, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und staatliche Verwaltungen klar menschen- und freiheitsrechtlich *positionieren*, menschenfeindliche Positionen mit einer eindeutigen Haltung *konfrontieren* und für eine offene Gesellschaft *streiten*. Das Streiten müssen wir dabei mitunter neu erlernen. Hier geht es nicht darum, den anderen in einem Meinungsstreit zu besiegen, sondern in der Auseinandersetzung den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in den Vordergrund zu stellen.

Eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus spielen heute Debatten im digitalen Raum. In der vorliegenden Handreichung wollen wir bei aller Streitlust auch zur umsichtigen Vorbereitung bei Auseinandersetzungen mit Rechtspopulist_innen gerade in den sozialen Medien aufrufen. Die Amadeu Antonio Stiftung kann mittlerweile selbst als ein Beispiel dafür dienen, wie es ist, mit einem nicht enden wollenden rechten Shitstorm im Digitalen und dessen Überschwappen in einen analogen Resonanzraum konfrontiert zu sein. Diese Erfahrungen haben wir in der vorliegenden Broschüre ausgewertet und für andere nutzbar gemacht.

Man kann hier durchaus von einem neuen rechtspopulistischen »Medienökosystem« sprechen, d.h. von Zeitungen, Blogs, Youtube-Kanälen etc., die als Gesamtresonanzraum eine eigene Öffentlichkeit in Abgrenzung zur sogenannten »System-« oder »Lügenpresse« zu schaffen versuchen.

Eine weitere Besonderheit der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Inhalten ist deren Gleichgültigkeit gegenüber Tatsachen, das Aufzeigen von vermeintlich einfachen Lösungen sowie das Versprechen, die Entwicklungen der modernen Welt und der Globalisierung rückgängig zu machen. Diese Handreichung möchte die Narrative hinter der rechtspopulistischen Kommunikation herausarbeiten, analysieren und diskutieren – und so zur Entstehung von Gegenarrativen beitragen. Die wichtigste Form ist dabei, die populistische Erzählung vom »Volk gegen die Elite(n)« infrage zu stellen. Die AfD bedient diese Erzählung an verschiedenen Stellen immer wieder. Beispielsweise spricht sie in ihrem aktuellen Grundsatzprogramm von einem »heimlichen Souverän« – einer verschworenen Elite, die sich selbst bereichere, mittels eines Kartells ihre Macht sichere und durch Informationskontrolle die Menschen in Deutschland beherrsche.

Rechtliche Auseinandersetzungen mit der AfD

Mit der zunehmenden Verankerung der AfD auf lokaler und kommunaler Ebene bleiben auch juristische Auseinandersetzungen nicht aus. Beispielsweise musste der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick die Ankündigung einer AfD-kritischen Veranstaltung von seiner Homepage löschen. Das Verwaltungsgericht sah es als erwiesen an, dass die Grenze zur unzulässigen Einwirkung auf die Willensbildung des Volkes auch im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen überschritten sei. Wir können und wollen hier keine juristische Beratung anbieten, aber zumindest auf eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (WD 3 – 3000 – 193/15) zu den verfassungsrechtlichen Grenzen der finanziellen Förderung am Beispiel von Initiativen gegen Rechtsextremismus hinweisen, die der Meinungsfreiheit einen sehr hohen Stellenwert beimisst. Als wichtige Stichworte für die Auseinandersetzung mit Parteien betont diese Ausarbeitung die besondere Bedeutung der Ausgewogenheit, die rechtsstaatliche Distanz und die gebotene Sachlichkeit. Das Grundgesetz schließt den Auftrag zur Abwehr von Gefahren gegen die freiheitliche Ordnung mit Mitteln des Rechtsstaates ein. Das bedeutet: Aussagen sollten sachlich, fundiert und ausgewogen sein. Demonstrations- oder Wahlaufrufe können wertbezogen formuliert werden, zum Beispiel für Demokratie und gegen Rechtspopulismus. Vermeiden sollten geförderte Projekte dagegen ausschließende oder handlungsanweisende Aussagen gegenüber einzelnen Parteien. Die Neutralitätspflicht, der staatlich geförderte Projekte und indirekt auch ihre Trägerinstitutionen in bestimmten Grenzen unterliegen, findet insbesondere zu Wahlkampfzeiten verstärkte Anwendung. Insofern können juristische oder fördertechnische Gründe nur bedingt angeführt werden, um eine Auseinandersetzung mit problematischen Positionen einer Partei zu unterbinden.

Vor dem Hintergrund dieser Erzählung finden die klassischen Methoden der Auseinandersetzung beim Rechtspopulismus ihre Grenzen. Die AfD ist das, was in der digitalen Spielwelt als ein »Game Changer« bezeichnet wird – nur, dass die Partei nicht nur das Spiel verändert, sondern auch die Regeln, nach denen gespielt wird. Es gelingt ihr immer wieder, durch Tabubrüche und Eskalation Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und sich so als vermeintliche Alternative zu präsentieren. In der konkreten Auseinandersetzung erleben wir oft, wie schwer es ist, von AfD-Parteivertreter_innen konkrete Positionen zu erhalten: Die Positionen wechseln zum Teil und es wird munteres Themen-Hopping betrieben. Erfahrungsgemäß funktioniert hier die Auseinandersetzung nur darüber, immer wieder nachzubohren und die Konsequenzen des Gesagten aufzuzeigen. Auch ist es wichtig, nicht nur über – beispielsweise – Flüchtlinge, Schwule, Lesben, Transpersonen oder Alleinerziehende zu

sprechen, sondern sie einzubeziehen und *mit* ihnen gemeinsam ihre Positionen deutlich zu machen.

Für AfD-Wahlerfolge spielen viele Faktoren eine Rolle: Neben klassischer Protestmotivation mobilisiert die Partei rassistische, antisemitische und verschwörungsideologische Ressentiments und paranoide Ängste. Sie profitiert von Prozessen wie der Auflösung parteipolitischer Bindungen, dem demografischen Wandel, finanzieller und institutioneller Instabilität und Überforderungen, geringeren Partizipationsmöglichkeiten v.a. im ländlichen Raum sowie fehlender Verantwortungsübernahme oder organisatorischer Mängel bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Vergleiche mit der NPD (»NPD-light«) führen erfahrungsgemäß nicht sehr weit. Trotzdem muss in der Auseinandersetzung immer wieder deutlich werden: Es handelt sich bei der AfD nicht um eine »normale« Partei. Im direkten Vergleich mit der NPD wird sichtbar, dass sich diese stärker den Regeln des Parteienwettbewerbs unterworfen hat als die AfD aktuell. Um diesen Unterschied zu verdeutlichen, halten wir es auch für zielführender, die AfD als rechtspopulistisch und nicht als rechtsextrem zu bezeichnen – obwohl es Argumente dafür gibt, Teile und einzelne Landesverbände der Partei als rechtsextrem zu bezeichnen. Der Rechtspopulismus – gerade mit seinen ideologischen Überschneidungen zur Neuen Rechten – kann gesellschaftswis-

senschaftlich als moderne Spielart des Rechtsextremismus begriffen werden. Der Wandel der AfD von einer eher nationalliberalen bzw. -konservativen zu einer rechtspopulistischen Partei mit einem rechtsextremen Einschlag wird im Folgenden ausführlich beschrieben.

Wir haben mit dieser Handreichung der Frage, wie sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen, Schulen und freie Träger mit der AfD auseinandersetzen können, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere im Vorfeld von Wahlen fragen sich viele, ob sie AfD-Vertreter_innen zu ihren Veranstaltungen einladen, Besuche ertragen, die Partei mittels Wahlprüfsteinen zu ihren Kernanliegen befragen oder in parlamentarischen Beiräten mitarbeiten lassen sollten oder müssen. Aufgrund der großen Pluralität der Initiativen und Organisationen gibt es darauf selbstverständlich keine eindeutige Antwort. Gemeinsam ist aber allen Initiativen, mit denen wir gesprochen haben: Sie haben eine Haltung entwickelt, die im Kern auf eine Stärkung der eigenen Positionen zielt – für eine demokratische Kultur, eine Stärkung von Frauen- und Minderheitenrechten, Kinder- und Menschenrechten, sexueller Selbstbestimmung, europäischer Solidarität, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Rechtspopulismus, Rassismus und Verschwörungserzählungen stehen dem diametral entgegen.



Eine kurze Geschichte der AfD

Die AfD kann trotz der wenigen Jahre ihres Bestehens auf eine turbulente Entwicklung zurückblicken. Sie ist eine Partei der Skandale. Diese werden entweder bewusst und im Zeichen ihrer Strategie der Provokation produziert oder sie resultieren aus internen Konflikten. Am 15. September 2012 wurde im hessischen Bad Nauheim die Bürgerinitiative *Wahlalternative 2013* gegründet, am 6. Februar 2013 folgte in Berlin der Gründungsparteitag der AfD. Schon bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 verfehlte sie mit 4,7 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag.

Gesellschaftliche Ausgangssituation

Woher kam ihr Zulauf? Zum einen bot die Euro-Debatte der AfD erstmals eine Bühne, in der sie ihre euroskeptische Haltung vortragen konnte. Mit ihrem ehemaligen Vorsitzenden, dem Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke der Universität Hamburg, konnte die Partei öffentlich als seriös und fachlich kompetent in Erscheinung treten. In der Öffentlichkeit wurde die AfD zu diesem Zeitpunkt als »Ein-Themen-Partei« und »Professoren-Partei« verhandelt.

Dabei schuf SPD-Politiker Thilo Sarrazin schon 2010 ein rechtspopulistisches Einfallstor für neue politische Akteure: Er thematisierte in seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« auf sozialbiologistische, antimuslimische und sozialchauvinistische Art den Geburtenrückgang, das politische Establishment und malte ein apokalyptisches Bild von Deutschland. 18 Prozent der Befragten gaben in einer Emnid-Umfrage im September 2010 an, dass sie eine fiktive Sarrazin-Partei unterstützen würden.

Zusammensetzung

Der AfD gelang es, sich als Partei mit neuen Inhalten zu präsentieren. Laut dem Soziologen Andreas Kemper lässt sich die AfD grob in drei Lager aufteilen: einen nationalliberalen, einen aristokratisch-klerikalen und einen völkisch-nationalistischen Flügel. Zu ihrer Gründung rekrutierte sich die Partei vor allem aus ehemaligen CDU-, CSU-, und FDP-Mitgliedern sowie aus Akteur_innen früherer rechtsextremer Parteien wie dem *Bund freier Bürger* (BFB), der Partei *Die Freiheit* (DF), den *Republikanern* und der *Schill-Partei*. Neben Wirtschafts- und Nationalliberalen fanden sich bei der AfD auch politisch heimatlose Nationalkonservative und Neurechte, die mit Angehörigen wirtschaftlich angesehener Personen (bspw. aus der *Zivilen Koalition e.V.*) die hiesige parteipolitische Landschaft nach rechts verschoben haben.

Bewegung nach rechts nimmt ihren Lauf

Die Geschichte der AfD ist eine Geschichte von internen Machtkämpfen und von Flügelkämpfen zwischen rechts und ganz rechts. Mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen gewann das völkisch-nationalistische Milieu an Einfluss, das schon früh eine offene

Zusammenarbeit mit der flüchtlings- und islamfeindlichen Pegida-Bewegung gefordert hatte.

Auf dem Parteitag im Juli 2015 in Essen manifestierte sich der klare Kurs der Partei nach rechts, als AfD-Mitgründer Bernd Lucke seiner Rivalin Frauke Petry in einer Kampf-Abstimmung um die Parteiführung unterlag. Nach Einschätzung des Sozialwissenschaftlers Alexander Häusler ist die AfD seitdem »partei-politischer Anker für nationalistische und fremdenfeindliche Protestbewegungen wie Pegida«.

Zuzug von Asylsuchenden als »Geschenk« für die AfD

2015 erreichten 890.000 Asylsuchende die Bundesrepublik, weltweit waren über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Entwicklungen polarisierten die Bundesrepublik und die AfD nahm sich des Themas geschickt an: »Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise«, erklärte Alexander Gauland Ende 2015 im *Spiegel*. Im Mai 2017 machte er die gesunkenen Einwanderungszahlen mit für das schlechte Abschneiden der Partei bei den letzten Wahlen verantwortlich. Führende Köpfe der Partei machten Stimmung, indem sie Schießbefehle an deutschen Grenzen forderten und verlangten, 200.000 Menschen pro Jahr sollten das Land verlassen. Immer wieder tun sich führende Politiker_innen der AfD durch rassistische Aussagen hervor – das gilt für Björn Höcke vom völkischen Flügel der Partei ebenso wie für andere, die nur vor dieser extrem rechten Folie als gemäßigt erscheinen. Verschärft hat sich die Diskussion im Zuge der Debatte um Flüchtlinge und sexualisierte Gewalt im Nachgang der Silvesternacht in Köln 2015/16.

Seit 2015 steht die AfD wie keine andere Partei für eine Ablehnung der deutschen Asylpolitik und gegen den Zuzug von Flüchtlingen. In ihrem Grundsatzprogramm (2016) fordert sie eine Streichung des individuellen Asylrechts aus dem Grundgesetz und die Einrichtung von Asylzentren außerhalb Deutschlands. Einreisen sollen Menschen nur, wenn ihr Asylantrag zuvor positiv beschieden wurde. Das Programm fußt auf einer völkischen Ideologie, die davon ausgeht, mit der Zuwanderung hauptsächlich muslimischer Menschen drohe das Ende des deutschen »Volkes«.

Die Landtagswahlen 2016 bescherten der Partei durchweg zweistellige Ergebnisse, für die AfD-Wähler_innen war das Thema Asyl entscheidend: Sie schätzen an der AfD, dass diese den Zuzug von Geflüchteten und anderen Migrant_innen begrenzen will und dass sie dem Islam feindlich gegenübersteht. »Die AfD löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen« – dieser Aussage stimmten 90 Prozent der befragten AfD-Wähler_innen in Rheinland-Pfalz und 93 Prozent in Baden-Württemberg bei einer Umfrage durch Infratest dimap im Jahr 2016 zu. Soziale Gerechtigkeit steht für sie, anders als bei den Wähler_innen anderer Parteien, an zweiter Stelle. Aber auch dieser



Der CDU-Abgeordnete Sven Petke erscheint am 8.6.2016 in einem Fußball-Shirt mit der Aufschrift »Boateng« im Brandenburgischen Landtag. Rechts sitzt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Alexander Gauland, der zuvor in einem Interview geäußert hatte, dass die »Leute einen Boateng« nicht gerne als Nachbarn hätten. © Ralf Hirschberger/dpa

Sozialstaat solle nur für Herkunftsdeutsche sein, das deckt sich mit den Forderungen aus der Partei.

Wähler_innen

Der AfD gelingt es, der deutschen Rechten neue Wähler_innenschichten zu erschließen: Besonders ehemalige Nichtwähler_innen und Linksparteiwähler_innen haben in Mecklenburg-Vorpommern für die Partei gestimmt. Die Rechtspopulist_innen mobilisieren milieuübergreifend und versammeln Wähler_innen aus allen Schichten hinter sich. Ebenso war und ist es irreführend, Wähler_innen der AfD zuzuschreiben, sie würden die Partei »nur« aus Protest wählen. Entgegen gängiger Mythen ist die Partei erstens keine Partei der Abgehängten und zweitens wird sie wegen, nicht trotz ihrer Inhalte gewählt. Mit der positiven Bezugnahme auf das »deutsche Volk« nutzt die AfD einen integrativen Mechanismus, der schicht- und gruppenübergreifend wirkt – und gleichzeitig auf Ausgrenzung beruht.

Populistische Basiserzählung – Anti-Establishment-Partei und Feinbildkonstruktion

Die AfD bedient die populistische Basiserzählung vom Volk gegen die Elite sowie eine rechtspopulistische Abgrenzung zwischen innen und außen bzw. zwischen Freund und Feind. Die Partei behauptet, sie würde *nach oben* gegen die Inter-

essen einer »Kaste von Berufspolitikern« kämpfen, die das »Volk« spalte und dessen wahrer Willen nur von der AfD mit »Sachverstand« artikuliert werden könne. *Nach außen* bringe sie das »Volk« gegen Muslim_innen und den Islam und eine Gefahr, die von vermeintlich ungeschützten Grenzen ausgehe, in Stellung. Für die AfD ist das »Volk« nicht einfach die gesamte Bevölkerung Deutschlands: Wenn die AfD von »Volk« spricht, dann tut sie das in einem essentialistischen, kollektiven und homogenisierenden Sinn.

Durch eine ritualisierte Rhetorik schafft es die AfD immer wieder in die Schlagzeilen: Sie bringt den »Mut zur Wahrheit« gegen »political correctness« und eine vermeintliche Systempresse in Anschlag. Changierend zwischen Provokation und Dementi behauptet sie stets, Opfer böswilliger Interpretation des Gesagten zu werden, und stellt die Medien an den Pranger.

Interne Machtkämpfe und (un-)ideologische Differenzen

Die Partei kommt immer wieder wegen menschenfeindlicher Positionen von Parteimitgliedern in die Schlagzeilen. Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon wurde Gegenstand einer Kontroverse nach Bekanntwerden eines antisemitischen Pamphlets. Uneinigkeiten über den Umgang mit Gedeons Äußerungen führten

zu einem offenen Machtkampf zwischen den beiden Parteivorsitzenden der AfD, Jörg Meuthen und Frauke Petry, der sogar in einer kurzzeitigen Spaltung der baden-württembergischen Landtagsfraktion gipfelte.

Als Björn Höcke bei einer Rede in Dresden im Januar 2017 das Holocaust-Mahnmal als »Denkmal der Schande« bezeichnete und eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« forderte, war der nächste AfD-Skandal perfekt. Auch nach diesem Vorfall wurde ein Parteiausschlussverfahren diskutiert. Dies zog ein breites mediales Echo nach sich, in dessen Folge sich mehrere Großspender_innen von der AfD distanzieren.

Dass solche Aussagen keine Ausrutscher sind, sondern die Partei systematisch die Nähe zur extremen rechten und außerparlamentarischen Opposition sucht, belegen zahlreiche Aussagen und Kontakte. Alexander Gauland, Landesvorsitzender in Brandenburg bekundete schon 2014 über Pegida: »Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung«. In der *Erfurter Resolution* vom März 2015, zu dessen Erstunterzeichner_innen die Landeschefs aus Thüringen und Sachsen-Anhalt, Björn Höcke und André Poggenburg, gehörten, wurden Aktivitäten außerhalb des Parteispektrums als Mittel gefordert, um sich von den »Altparteien« abzuheben und klar inhaltlich zu positionieren. In der Erklärung heißt es: Personen aus der Partei würden »Verrat an den Interessen unseres Landes« üben und die Partei habe »sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorausseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen«.

Auch forderte die *Patriotische Plattform* – eine Gruppierung innerhalb der AfD, die immer wieder durch »rechts-extreme Positionen« auffällt, wie inzwischen auch der Verfassungsschutz bemerkt hat – die Gesamtpartei dazu auf, die Kernforderungen von Pegida zu übernehmen. Personelle Verflechtungen zwischen der Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) und der rechtsextremen *Identitären Bewegung* sind inzwischen gut belegt. So wurde der damalige Schatzmeister der Berliner JA kurzzeitig verhaftet, weil er bei einer Aktion der *Identitären* vor dem Bundesjustizministerium am 19. Mai 2017 einen Zivilpolizisten umgefahren haben soll.

Folgerichtig forderte Björn Höcke bei seiner berüchtigten »Dresdner Rede« im Januar 2017 eine Ausrichtung der AfD als »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei«. Auch wenn diese Perspektive innerhalb der AfD umstritten ist – marginalisiert ist sie nicht, die AfD ist Teil einer »nationalen Opposition« und stellt ein Scharnier zwischen Parlament und Straße dar.

Über das Vorhaben Petrys, die AfD perspektivisch regierungsfähig zu machen, wurde auf dem Bundesparteitag am 22. und 23. April 2017 in Köln nicht einmal mehr abgestimmt. Ohnehin: Bei der von Petry geforderten »realpolitischen Ausrichtung« handelt es sich um eine Strategie, nicht etwa um eine Positionierung gegen menschenfeindliche Inhalte innerhalb ihrer Partei. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieht die Partei »auf dem Weg in den völkisch-autoritären Nationalismus«.

Weiterlesen:

Correctiv: Schwarzbuch AfD, Berlin 2017.

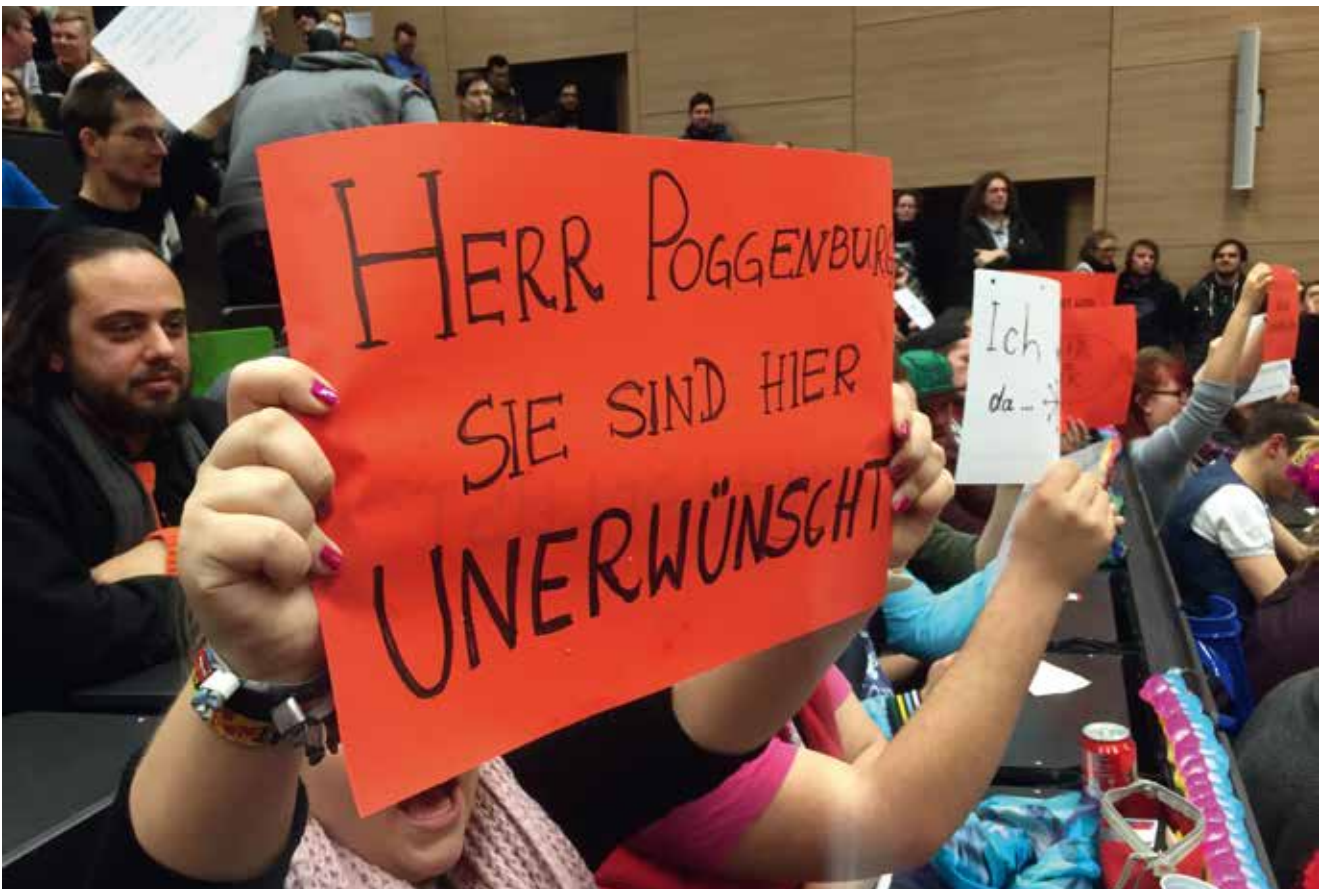


Mit Rechtspopulist_innen debattieren?

Ob jemand mit Rechtspopulist_innen debattieren möchte, ist eine persönliche Entscheidung und diese kann je nach Anlass, Öffentlichkeit und Zeitressourcen variieren.

Grundlegend dazu:

- 1) Rechtspopulist_innen vertreten offen demokratie- und menschenfeindliche Positionen – aber auch solche, die zumindest einigen Menschen durchaus vernünftig und diskutabel erscheinen mögen. Diesen inhaltlich-argumentativ zu begegnen, ist überzeugender, als sie einfach als »rechtspopulistisch« zu brandmarken.
- 2) Je öffentlicher eine Debatte ist, desto wichtiger ist es, sie zu führen: Denn es geht nicht unbedingt darum, die rechtspopulistischen Gesprächspartner_innen selbst zu überzeugen (das ist schwer ohne Beziehungsebene), sondern vielmehr darum, schweigende Mithörende oder Mitlesende zu erreichen, deren Meinung noch nicht gefestigt ist.
- 3) Wer sich in eine Debatte mit Rechtspopulist_innen be-
gibt, sollte bedenken:
 - a. Es gibt unter ihnen etliche geschulte Rhetoriker_innen. Gerade in ihren Kernthemen sind sie inhaltlich sehr stark – in anderen Bereichen dagegen oft nicht so sehr.
 - b. Rechtspopulist_innen verfolgen meist eine eher destruktive Gesprächsstrategie. Es geht um die Anklage von (vermeintlichen) Problemen oder skandalösen Verhältnissen, Verfehlungen von »Eliten« oder »Gutmenschen«. Gerade deshalb kann es interessant sein, erst einmal alle vermeintlichen Fakten zu hinterfragen und inhaltlich nach Lösungen für die benannten Probleme zu fragen. Auch gut: Bis zum (menschenrechtswidrigen, grundgesetzwidrigen) Kern der jeweiligen Aussage fragen – was ist zum Beispiel gemeint mit »Die Grenzen mit Waffengewalt verteidigen«?
 - c. Es gibt unterschiedliche Arten von rechtspopulistischen Gesprächspartner_innen, die ihre Tücken haben: Aggressiv Diskutierende und Hardliner werden eher rüde und persönlich unangenehm. Sachliche Vertreter_innen können jovial und aufgeweckt auftreten und so Sympathien gewinnen.



Studierende der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg protestieren gegen eine Vorlesung der AfD-nahen Hochschulgruppe »Campus Alternative«. Auf Grund der heftigen Proteste konnte die Veranstaltung, auf der auch AfD-Landeschef André Poggenburg einen Vortrag zu »Geschlechterforschung« halten wollte, nicht stattfinden. © Stephan Schulz

- 4) Rechtspopulist_innen einladen?
 Natürlich können Sie Rechtspopulist_innen auf ein Podium oder zu einem Interview einladen. Allerdings sollten Sie vorher bedenken:
- Jede Einladung werden die Rechtspopulist_innen nutzen, um die Legitimität ihrer politischen Forderungen zu belegen. Auch, wenn Sie das nicht so meinen.
 - Auf Podien kommen eher keine ungeschulten Mitläufer_innen. Überschätzen Sie nicht Ihre Fähigkeiten zur »Entzauberung«. Vorbereitung ist Pflicht, ebenso eine adäquate Besetzung des Podiums.
 - Mitdiskutant_innen oder Besucher_innen kommen eventuell nicht, weil sie etwa als potenzielle Zielgruppe rechtspopulistischen Hasses Angst haben – überlegen Sie also, wen Sie ausschließen wollen.
 - Ausgewogenheit heißt nicht, dass Sie immer aller Positionen abbilden müssen, also etwa alle politischen Parteien einladen müssen. Es ist aber eine Frage der Haltung: Wenn Kritik daran kommt, müssen Sie diese aushalten und am besten begründen können, warum Sie sich so entschieden haben.
- 5) Rechtspopulismus im Alltag: Die meisten von uns treffen auf rechtspopulistische, rassistische, antisemitische, sexistische, »gegen die da oben«-Thesen vor allem im Alltag – im Arbeits- und Bekanntenkreis, in der Timeline auf Facebook oder Twitter.
- Das ist deshalb gut, weil unsere Chancen viel größer sind, überzeugend zu wirken, wo eine Beziehungsebene herrscht, die Person uns also irgendwie mag oder zumindest mit uns auskommen muss.
 - Haben Sie dabei keine Angst, über Themen nicht genug Bescheid zu wissen. Es geht nicht darum, jemand an die Wand zu argumentieren. Es geht vielmehr um Widerspruch, um Kommentieren, um Hinterfragen, damit abwertende, rassistische, hasserfüllte Aussagen nicht einfach so stehen bleiben. Denn das interpretieren Rechtspopulist_innen (und ebenso die abgewerteten Gruppen) oft als Zustimmung.
 - Selbst wenn Sie von einem Thema keine Ahnung haben, können Sie:
 - auf Verallgemeinerungen hinweisen (»Der« Islam, »das« Frauenbild, ...)
 - auf Gruppenzuweisungen hinweisen (»Wir« vs. »die«)
 - auf Unstimmigkeiten in der Argumentation hinweisen, nachfragen
 - Lösungen einfordern, Konsequenzen aufzeigen
 - Unbehagen äußern
 - sich positionieren: rassistische und rechtspopulistische Postings nicht unkommentiert stehen lassen, nicht schweigen
 - Haltung zeigen mit Ich-Botschaften: »Ich verstehe, was Sie meinen. Aber das entspricht nicht meinem Menschenbild.« »Ich sehe Menschen als gleichwertig an.« »Ich empfinde es als zynisch, wenn Sie sagen, dass ...«
 - Das Ziel der Debatte ist nicht, dass eine Meinung »gewinnt« – sondern dass sich Menschen, während sie sich austauschen, Gedanken zum Thema machen, Haltungen entwickeln und vertreten und sie bestenfalls daran testen, dass sie sich in den Blickwinkel des Gegenübers hineinversetzen und ihre Einstellung dahingehend überprüfen. Dazu gehört auch, alle Fairness, die man selbst erwartet, auf sein Gegenüber anzuwenden.



Auseinandersetzung in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Der AfD geht es um Selbstinszenierung – nicht darum, gesellschaftliche Probleme zu lösen

In einer aktuellen Studie haben sich Forscher_innen vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) detailliert mit der Landtagsarbeit der zehn AfD-Fraktionen beschäftigt, die bis März 2017 in deutsche Länderparlamente eingezogen sind. Das Gesamturteil der Studienautor_innen fällt vernichtend aus: »In den Arbeitsroutinen der AfD-Landtagsfraktionen bestehen nach wie vor große Mängel [...], vertiefte Sachkenntnisse fehlen«. Die Rechtspopulist_innen würden die »komplexeren Instrumente, für die eine höhere inhaltliche Kompetenz vonnöten wäre«, kaum durchschauen. Und: »Das geht über Anfängerprobleme hinaus«.

In einer parlamentarischen Demokratie sollen Parlamente möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Meinungen vertreten. Rechtspopulist_innen betrachten diesen Pluralismus jedoch als Störfall und nicht als erstrebenswertes Ideal. Nach ihrer Ansicht gibt es einen einheitlichen Volkswillen, den geeignete Politiker_innen lediglich erkennen und umsetzen müssten. Die AfD ist der Ansicht, dass die in den Parlamenten »etablierten« Parteien diesen homogenen Volkswillen nicht im Ansatz widerspiegeln – sondern sie selbst. Für Rechtspopulist_innen sind Parteien lediglich ein Instrument, um in einer parlamentarischen Demokratie Macht zu erlangen. Die Partei ist das Instrument, das Parlament eine Bühne – aber nicht die wichtigste Bühne.

Um bei einer Debatte im Thüringer Landtag 2016 für ein Verbot der Vollverschleierung zu demonstrieren, erschien die AfD-Abgeordnete Wiebke Muhsal in einem Niqab. Die Sitzung wurde unterbrochen. In Sachsen-Anhalt sprach sich Ministerpräsident Reiner Haseloff in einer Regierungserklärung 2016 gegen eine weitere Polarisierung der Gesellschaft, ein Anwachsen von Hass und Gewalt, Ausgrenzung und Abschottung aus. Der AfD-Fraktionsvorsitzende attackierte ihn daraufhin scharf, die AfD-Fraktion zog anschließend geschlossen aus dem Plenarsaal und nahm vor dem Parlament an einer Demonstration gegen höhere Abwassergebühren teil. Anstatt ohne die AfD die Sitzung fortzuführen, zogen daraufhin auch andere Parlamentarier_innen vor den Landtag, um zur Demonstration zu reden, und gingen so der Provokation der AfD auf den Leim. Die AfD wurde bejubelt und der Sprecher der Regierung ausgepöffelt – ein klarer Punktsieg für die AfD.

Die Beispiele zeigen: Die Partei provoziert gezielt, ihr geht es um Protest und Aufmerksamkeit statt um Mitarbeit. Die anderen Parteien agieren mitunter hilflos und uneinig auf derlei Provokationen. An die Anhängerschaft der AfD sollen solche Auftritte Signale aussenden, die den Ruf der AfD als Kümmerer und vermeintlich einzige echte Oppositionspartei bestärken.

Arbeitet die AfD auf einer Sachebene in den Parlamenten mit?

Offenbar gehören Kleine Anfragen zu den bevorzugten Mitteln der AfD, die Zivilgesellschaft auszuforschen und einzuschüchtern sowie Regierungen und Verwaltungen unter Druck zu setzen, teilweise sogar zu lähmen. Inhaltlich widmet sich die AfD der Studie des WZB folgend mit den Anfragen ihren Kernthemen: Mehr als ein Drittel der Anfragen entfällt auf die beiden Themenbereiche Sicherheit und Ordnung sowie Migration.

22.600 Kleine Anfragen wurden zwischen Oktober 2014 und April 2017 in den zehn untersuchten Parlamenten gestellt – 20 Prozent davon durch die AfD (Gesamt 4.694). Sächsische Parlamentarier_innen sind am aktivsten: Jede_r sächsische AfD-Abgeordnete stellte im Durchschnitt 4,2 Kleine Anfragen pro Monat. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt stammten mehr als 40 Prozent aller Kleinen Anfragen von der AfD, in Thüringen waren es mehr als ein Drittel.

Die komplexeren parlamentarischen Oppositionsinstrumente wie Große Anfragen oder Anträge, für die eine höhere inhaltliche Kompetenz vonnöten wäre, werden von der AfD hingegen kaum genutzt. Den Wissenschaftler_innen vom WZB zufolge tritt die geringe Kompetenz auch in der Ausschussarbeit zutage: So würden etwa »Kleine Anfragen rege genutzt, weniger jedoch die komplexeren Instrumente, wie Große Anfragen oder Anträge, für die eine höhere inhaltliche Kompetenz vonnöten wäre«, und in Beratungen zur Haushaltsaufstellung, einem zentralen Recht des Parlaments, vertiefte Sachkenntnisse fehlen. Aus Hamburg und Baden-Württemberg wird berichtet, dass auch nach einer mehr als einjährigen Lernphase noch immer wichtige Fragerunden ohne AfD-Beteiligung stattfinden, schlicht weil Fristen zur Einreichung der Fragen verpasst wurden. Parlamentskolleg_innen sprechen in Interviews von teils »heillosen Überforderung«.

Vertreter_innen der AfD nutzen ihre Präsenz in den Länderparlamenten als Chance, sich als wahre Demokrat_innen zu inszenieren. Dabei stechen ihre Politiker_innen nicht durch Sachverstand und Mitarbeit in länderpolitischen Fragen hervor: Sie inszenieren sich vielmehr immer wieder als Opfer feindseliger Kampagnen und als »einzig wahre Oppositionspartei«.

Praxisbeispiel Sachsen-Anhalt: »Die politischen Intentionen sichtbar machen«

Interview mit Torsten Hahnel von der Arbeitsstelle Rechts-extremismus von »Miteinander e.V.«

In Sachsen-Anhalt ist die AfD seit dem Frühjahr 2016 im Magdeburger Landtag vertreten. Haben Sie den Eindruck, dass sich das gesellschaftliche Klima durch die Präsenz der AfD verändert hat?

Sowohl als auch – die AfD ist so stark geworden, weil sich das gesellschaftliche Klima verändert hat. Seitdem sie über eine 25-köpfige Landtagsfraktion verfügt, tut sie alles, um die Stimmung weiter anzuhetzen. Wir dokumentieren in den vergangenen zweieinhalb Jahren einen massiven Anstieg öffentlicher Aktionen von rechts sowie den drastischen Anstieg rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Kameradschaftsstrukturen erleben gleichzeitig eine Renaissance. Ich würde also sagen, dass generell menschenfeindliche Einstellungen an Boden gewonnen haben.

Die AfD ist also nur Profiteurin dieser Entwicklung?

Sie profitiert von dieser Entwicklung, aber sie organisiert sie auch aktiv mit. Die AfD ist in Sachsen-Anhalt eng mit rechtsextremen Strukturen verzahnt. In erster Linie über das Institut für Staatspolitik in Schnellroda, wo sie mit dem rechtsextremen Agitator Götz Kubitschek zusammenarbeitet. Die führenden Abgeordneten der Landtagsfraktion gehören zum rechtsextremen Flügel der AfD: Hans-Thomas Tillschneider, Kopf der Patriotischen Plattform, und André Poggenburg ordnen sich selbst dem Höcke-Flügel der Partei zu. Sie waren unter den Erstunterzeichnern der »Erfurter Erklärung«. Vertreter der Partei sind darüber hinaus in ein breites Netzwerk rechter Akteure eingebunden – von den »Identitären« über »Ein Prozent« bis hin zu regionalen rassistischen Bürgerinitiativen.

Wie agiert die AfD im Magdeburger Landtag? Geht es vor allem um Selbstinszenierung oder arbeiten die Abgeordneten konstruktiv mit den anderen Parteien zusammen?

Die AfD nutzt den Landtag vor allem, um sich als einzige Vertreterin des »Volkes« und als Anti-Establishment-Partei zu inszenieren. Um das zu erreichen, schreckt sie auch nicht vor Beschimpfungen der anderen Parteien zurück. In Anträgen greift die Partei zwar immer wieder populäre oder alltagsrelevante Themen auf, die werden aber im Rahmen ihrer Ausschussarbeit nicht weiterverfolgt. Gleichzeitig wirft sie den anderen Parteien vor, korrumpiert zu sein und die Interessen der Bevölkerung aus dem Blick verloren zu haben.

Was sind die Themen, mit denen sich die Partei zu profilieren versucht?

Zum einen ist das natürlich das Thema Asyl und Zuwanderung. Ihr Leitbild ist eine ethnisch homogene Gesellschaft. Zuwanderung wird deshalb ausschließlich als Bedrohung verhandelt. Immer wieder behauptet die Partei, Bundes- und Landesregierung würden die Zahl der Geflüchteten

aktiv steuern, um das deutsche Volk langfristig »auszutauschen«. Folglich lehnt sie alle Maßnahmen zur Integration ab. Bestätigung für diese Auffassung sucht die AfD aus einer Vielzahl von Anfragen zu Ausländerkriminalität und Integrationskosten zu ziehen. Wenn dann die Zahlen und Fakten ihre Annahmen nicht bestätigen, ist ihr das auch egal – sie appelliert schließlich an eine »gefühlte« Unsicherheit in der Bevölkerung.

Weitere Anträge und Reden beziehen sich auf kulturelle Themen – Theateraufführungen und Orchester etwa sollen der Stärkung einer vermeintlich deutschen Identität dienen, welche die Partei als abgeschlossen versteht. Immer wieder greift die AfD auch geschlechter- und familienpolitische Fragestellungen auf. Ihrem heteronormativen, antifeministischen und homofeindlichen Leitbild zufolge sollen etwa keine Projekte mehr gefördert werden, die nicht der Stärkung der traditionellen Familie dienen.

André Poggenburg dürfte genau wissen, was er tut, wenn er nationalsozialistisches Vokabular wie »Volksgemeinschaft« verwendet oder von »Wucherungen am deutschen Volkskörper« spricht. Hilft es, wenn sich die anderen Parteien über solche rhetorischen Provokationen empören?

Aus unserer Sicht hat sich gezeigt, dass Empörung allein gegen die andauernden Provokationen der AfD nicht hilft. Natürlich ist es empörend, wenn AfD-Politiker offen nationalsozialistisches Vokabular verwenden. Aber Empörung und Moralisierung wird von der AfD bereits als Reaktion eingeplant und dient dazu, den Opferdiskurs zu stärken und die Existenz einer »Diktatur der politischen Korrektheit« zu behaupten.

Zu welchem Umgang mit der AfD raten Sie den Parteien stattdessen im Landtag? Ist Ausschluss überhaupt noch eine Option?

In einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt, wo die AfD-Fraktion einfach riesig ist, ist Ausschluss und Nicht-Zusammenarbeit nicht unbedingt das Mittel der Wahl. AfD-Leute sitzen hier in allen Gremien und Ausschüssen. Die Abgeordneten begegnen ihnen zwangsläufig und können sich nicht jedem Kontakt entziehen. Im Parlament hat es sich als wirksam erwiesen, die AfD auf dem Feld der Sachpolitik zu stellen, also die politischen Mittel und die Intentionen sichtbar zu machen, die hinter ihren Reden, Anträgen und Anfragen stehen. Außerhalb der Parlamentsarbeit ist es aber durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken, ob es möglich ist, die Inhalte der Partei in öffentlichen Veranstaltungen zu »demarkieren« oder ob die AfD nicht eher von der Omnipräsenz profitiert – unabhängig davon, wie sich die Vertreter_innen im Einzelfall präsentieren.

Was, wenn solche Faktenchecks die Wähler_innen der AfD nicht erreichen?

Zusätzlich müssen wir gemeinsam und konsequent über den Charakter der Partei aufklären. Wir müssen deutlich machen, dass sie für eine menschenfeindliche Politik steht, zahlreiche Politiker offen rechtsextreme Positionen vertre-

ten und Kontakte ins neonazistische Lager pflegen. Deshalb ist diese Aufklärungsarbeit so wichtig. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass der Rechtsextremismus eine zentrale Strömung in der Partei ist, der in Sachsen-Anhalt sogar von der Führungsgruppe getragen wird.

Das führt uns aber zwangsläufig auch zu der Frage: Was, wenn diese Aufklärung nichts nützt? Was tun wir, wenn die Partei trotzdem gewählt wird?

Erfolg versprechend erscheint mir nur eine Kombination der Ansätze: Die AfD auf der Sachebene stellen; mit ihren Politikern nur zusammenarbeiten, wenn es sich nicht verhindern lässt; immer wieder deutlich machen, dass die AfD rechtsextreme und menschenfeindliche Inhalte vertritt. Die Inhalte und populistischen Methoden, mit denen sie vorgebracht werden, müssen ständig dekonstruiert werden. Und, vielleicht am wichtigsten: Die anderen Parteien müssen eigene attraktive gesellschaftspolitische Entwürfe entwickeln und für ihre Vorstellungen auch einstehen.

Stellt die AfD-Fraktion im Magdeburger Landtag eine Bedrohung für zivilgesellschaftliche Strukturen im Land dar?

Die AfD greift ganz klar zivilgesellschaftliche Organisationen an. Nach ihrem Einzug in das Parlament 2016 hat sie ziemlich schnell begonnen, das Parlament zu nutzen, um Informationen über ihre politischen Gegner einzuholen. Einer der ersten Anträge überhaupt kam von Hans-Thomas Till-schneider. Er hat sich auf die Finanzierung unseres Vereins »Miteinander« bezogen: Er wollte wissen, wofür wie viel Geld fließt, wie der Verein sich finanziert, wie er aufgebaut ist. Wir hatten damit schon gerechnet.

Schnell folgten aber auch Anfragen zu anderen Projekten: Zu Genderprojekten, zum Soziokulturellen Zentrum Reilstraße in Halle, zu einem »Antifa e.V.« – den es natürlich nicht gibt. Wenn man bedenkt, wie gut die Kontakte der AfD Sachsen-Anhalt in das rechtsextreme Milieu sind, dann wird schnell klar: Die Partei ist eine Bedrohung für zivilgesellschaftliche Organisationen, sie greift uns an. Solche Anträge implizieren ja schon die Drohung: Wir werden euch den Geldhahn abdrehen, wir geben Informationen, die wir auf dem parlamentarischen Weg gewinnen, an unsere Kameraden weiter.

Wie reagiert die Zivilgesellschaft auf solche Angriffe – gibt es Beschlüsse zur Unvereinbarkeit?

Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt rückt zusammen. Im August 2016 veröffentlichten zahlreiche große Vereine und Verbände eine gemeinsame »Erklärung zivilgesellschaftlicher Träger«, in der sie sich für eine Kultur des Respekts und gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit aussprechen. Ich habe den Eindruck, dass sich gerade ein vorsichtiger Stimmungsumschwung andeutet. Immer mehr Menschen teilen das Gefühl: So kann es nicht weitergehen – Demokratie, Freiheit und Sicherheit werden von rechter Hetze bedroht. Das ist der richtige Weg. Die Rechten sind nicht so stark wie es oft scheint, sie leben von der Schwäche der Zivilgesellschaft.

Der gemeinnützige Verein **Miteinander e.V.** setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Der Verein unterhält die Arbeitsstelle Rechtsextremismus, ein Bildungsteam, das Qualifizierungen und Workshops durchführt, die Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus, die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt Sachsen-Anhalt und regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Magdeburg, Salzwedel und Halle.

www.miteinander-ev.de
Telefon 0391. 62 07 73
net.gs@miteinander-ev.de

Praxisbeispiel Berlin: Ein Konsens gegen Rechts

Der »Berliner Konsens« ist eine gemeinsame Erklärung aus dem Wahlkampf für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016. Die sechs Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, Piratenpartei und FDP wendeten sich damit explizit gegen NPD und AfD: »Die rechtsextreme NPD vertritt einen unverhohlenen biologischen Rassismus sowie andere menschenverachtende Positionen.« Zu den Wahlen trete sie mit Kandidat_innen an, »die wegen diverser Straftaten wie Volksverhetzung verurteilt wurden oder zum Spektrum gewaltbereiter Neonazis gehören«. Die AfD sei »ein Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte, in dem auch rechtsextreme Personen und Positionen« vertreten seien. »Eine Partei, deren Spitzenpersonal beispielsweise auf Flüchtlingskinder schießen lassen würde oder die sich zu rassistisch motivierter Stimmungsmache gegen deutsche Fußballnationalspieler hinreißen lässt, bewegt sich nicht auf dem Boden unserer Werteordnung«, heißt es in dem Manifest.

Kernaussage des Papiers ist: Der Wahlkampf wird nicht auf dem Rücken von Flüchtlingen oder anderen Minderheiten ausgetragen. Vertreter_innen von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, Piratenpartei und FDP haben sich gemeinsam auf konkrete Absprachen und Mindeststandards in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rassistischen Parteien geeinigt.

Weiterlesen:

Der Berliner Konsens im Wortlaut findet sich unter www.mbr-berlin.de/berliner-konsens.



Mitzeichner des Berliner Konsens (v.l.n.r.): Bruno Gerd Kramm, Vorsitzender Piratenpartei Berlin; Elke Breitenbach, stellv. Vorsitzende Die Linke Berlin; Sebastian Czaja, Generalsekretär FDP Berlin; Michael Müller, regierender Bürgermeister und Vorsitzender SPD Berlin; Bianca Klose, Projektleiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin; Bettina Jarasch, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin, und Thomas Heilmann, stellv. Vorsitzender CDU Berlin.

© MBR Berlin

Die **mbr – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus** in Berlin bietet Fortbildungen für Kommunalpolitiker_innen und Interessierte aus kommunalen Verwaltungen und der demokratischen Zivilgesellschaft an. Darin werden die zentralen Vorgehensweisen von Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen in der Kommunalpolitik dargestellt. Dabei soll der Blick der Teilnehmenden auch anhand eines überregionalen Vergleichs geschärft werden. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und Fragen der Teilnehmenden werden Erfolg versprechende Handlungsstrategien und Argumentationsweisen für Demokrat_innen diskutiert.

www.mbr-berlin.de
Telefon 030. 817 985 810
info@mbr-berlin.de

Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Die wichtigsten Grundsätze der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Rechtspopulist_innen sind:

Keine Bündnisse mit ihnen

Kein Kalkulieren mit Stimmen der AfD!

Den Umgang mit der AfD überparteilich abstimmen

Demokratische Parteien oder Wähler_innengemeinschaften sollten sich miteinander über den Umgang mit der AfD verständigen. Der Konsens sollte mit so vielen Parteien wie möglich gesucht werden und sowohl inhaltlich entschieden als auch formal korrekt sein. Sinnvoll ist es, diejenigen Punkte schriftlich zu fixieren und öffentlich zu machen, in denen Konsens über die Auseinandersetzung mit der AfD besteht. Dabei ist einzukalkulieren, dass solche Verabredungen die Rhetorik vom »Kartell der Altparteien« befeuern wird und dies ausgehalten werden muss.

Um die eigenen Ressourcen effektiv einzusetzen, sollten manche gezielten Provokationen der AfD situativ ignoriert, jedoch rassistische und menschenverachtende Äußerungen und parlamentarische Initiativen klar zurückgewiesen werden. Außerdem ist es sinnvoll, festzulegen: Wer reagiert stellvertretend für alle? Wie wird mit der Teilnahme der AfD an bestimmten Gremien, bei öffentlichen Auftritten, mit ihren Anträgen, ihrem Abstimmungsverhalten usw. umgegangen? Wo sollte sie ausgeschlossen oder nicht aufgenommen werden?

Verbindungen zum Rechtsextremismus offenlegen

Gibt es bei AfD-Abgeordneten Überschneidungen und Verbindungen zur extremen Rechten, müssen diese offengelegt und thematisiert werden. Dies gilt einerseits für einzelne Personen mit rechtsextremer Biografie, Haltungen oder Verbindungen zur rechtsextremen Szene, aber auch bei inhaltlichen Aussagen und Parolen der AfD, ihrem öffentlichen Auftreten, Erscheinungsbild sowie der Rhetorik ihrer Protagonist_innen.



Die Landtagsabgeordneten von Linke, SPD, Grüne und CDU im Thüringer Landtag reagierten mit einer gemeinsamen Aktion auf die Dresdner Rede von Thüringens AfD-Fraktions- und Parteichef Björn Höcke. Sie hielten Plakate in die Höhe, die jeweils einen Teilausschnitt des Berliner Holocaust-Denkmal zeigen. © Vincent Ackermann/SPD-Fraktion, Thüringer Landtag

Offensive Solidarisierung mit den Betroffenen von Diskriminierung

Rechtspopulistische Positionen, wie die Forderung nach einer Verschärfung des Asylrechts oder der Überwachungsgesetze, dem Schießbefehl an der Grenze oder der Kürzung von Sozialleistungen, richten sich direkt gegen bestimmte Personengruppen. Dazu gehören unter anderem Geflüchtete und andere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Bezieh_innen von Sozialleistungen, muslimische und jüdische Mitbürger_innen, Feminist_innen und Angehörige sexueller Minderheiten, engagierte Demokrat_innen und Linke. Abgeordnete sollten sich aktiv schützend vor die Menschen stellen, die durch Rechtspopulist_innen angefeindet und von ihrem Machtgewinn am meisten bedroht werden.

Über gesellschaftliche Konsequenzen rechtspopulistischer Politik aufklären

Nicht nur gesellschaftliche Minderheiten sind von einem Machtgewinn der AfD betroffen. Die Umsetzung der AfD-Programmatik würde vielmehr die Lebensbedingungen der meisten Menschen erheblich verschlechtern. Um dies öffentlich zu vermitteln, bedarf es inhaltlicher Kritik an den Positionen der AfD.

Die Rhetorik der AfD umkehren

Nicht die AfD wird ausgegrenzt, sondern sie selbst grenzt sich inhaltlich und formal aus. Inhaltlich grenzt sie sich aus, weil ihre Positionen zum Teil antidemokratisch, nationalistisch und rassistisch sind. Formal grenzt sich die AfD mit ihrer pauschalen Rhetorik gegenüber dem »Altpartei-entkartell«, dem »Gutmenschentum«, dem »Tugend-Terror«, der »Lügenpresse« usw. aus, mit der sie dem bestehenden

demokratischen Rechtsstaat, der Gewaltenteilung und dem Pluralismus widerspricht. Wenn die AfD behandelt werden will wie andere Parteien, muss sie sich glaubwürdig von rechtsextremer und -populistischer Programmatik sowie dem entsprechenden (Spitzen-)Personal trennen.

Konstruktiven Streit über Unterschiede führen

Vielen Bürger_innen fällt es schwer, die programmatischen Unterschiede zwischen demokratischen Parteien zu erkennen und zu deuten. Rechtspopulistische Parteien sind erfolgreich, wenn andere Parteien keine inhaltliche Kontroversität bieten und kein konstruktiver Streit um unterschiedliche Konzepte und Lösungsideen erkennbar ist. Die Attraktivität der vorgeblichen »Alternative« für Deutschland fällt mit der Attraktivität und Vitalität der demokratischen Gegenkonzepte.

Mehrheiten benennen und transparent bleiben

Über 95 Prozent der bundesdeutschen Wähler haben die AfD bei der Bundestagswahl 2013 nicht gewählt. Viele Menschen engagieren sich in der Unterstützung Geflüchteter oder in sozialen Projekten. Die große Mehrheit der Menschen schätzt die Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten. Diese Mehrheit zu benennen und aus einer Position der Stärke heraus zu agieren, ist sowohl für die öffentliche Kommunikation als auch für die Auseinandersetzung mit der AfD geboten.

Verantwortung vor Ort übernehmen

Rechtspopulist_innen wettern pauschal gegen »die da oben« und verbreiten die Ansicht, »die kleinen Leute« hätten keine Möglichkeiten der Mitgestaltung. Dabei bietet gerade die



Kommune und das direkte Lebensumfeld der Menschen ein hohes Gestaltungs- und Veränderungspotenzial für den die Einzelne_n. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in der Kommune kann dazu beitragen, dass Rechtspopulist_innen ihre Handlungsräume entzogen werden – kommunale Mandats- und Entscheidungsträger_innen sollten sie (nicht nur) deshalb in Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Eigene Positionen reflektieren und glaubhaft vertreten

Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen auf Grundlage von zum Beispiel Aussehen, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung sind in der ganzen Gesellschaft verbreitet. Die AfD und andere rechtspopulistische Gruppierungen sind auch deshalb erfolgreich, weil sie an vorhandenen Einstellungen ansetzen und sie zuspitzen. Da von solchen Haltungen auch demokratische Akteur_innen nicht frei sind, ist für eine glaubhafte Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus eine kritische Reflexion der eigenen vertretenen Positionen erforderlich. Bei diesem andauernden Lernprozess gilt es, für sich selbst und seine Mitstreiter_innen eine eigene menschenrechtsorientierte Position zu entwickeln. Hierfür ist die Perspektive derjenigen wichtig, die von Diskriminierung und rechtspopulistischer Politik betroffen sind. Selbstreflexion und Solidarität müssen nicht nur grundlegende Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft sein, sie sind auch eine Alternative zum autoritären Politikstil der Rechtspopulist_innen.

Weiterlesen:

- ARUG-ZDB und Wabe e.V.: Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD in Niedersachsen, Wolfsburg 2017, www.arug-zdb.de/images/pdf/umgang_mit_der_afd.pdf.
- CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt: Abgrenzen statt ausgrenzen. Diskussionsstrategien zum Um-

gang mit der AfD, Magdeburg 2017, www.cdufraktion.de/wp-content/uploads/2017/01/Papier-zum-Umgang-mit-der-AfD_Final.pdf.

- David Begrich und Pascal Begrich: Kulturkampf von rechts. Ein Jahr AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2017, <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=61&modaction=detail&modid=650>.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): »Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!« Das politische Erscheinungsbild der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in Thüringen, Erfurt 2015, www.festthueringen.de/media/2010/06/AfD-Studie_ONLINE.pdf.
- MBT Hessen: Neue Nachbarn. Rechtspopulismus in Hessen, Kassel 2017, http://mbt-hessen.org/images/material/MBT_Broschuere_Rechtspopulismus_32S_A4_12.pdf.
- Miro Jennerjahn: Ein Jahr AfD im sächsischen Landtag. E-Paper, Dresden 2016, www.boell.de/sites/default/files/2016-03-afd_im_saechsischen_landtag.pdf.
- Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels u.a.: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. Discussion Paper, Berlin 2017, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>.

Der **Bundesverband Mobile Beratung** sowie die Träger der Mobilien Beratung in den einzelnen Bundesländern bieten thematische Workshops, Seminare und Fortbildungen für Parlamentarier_innen im Umgang mit Rechtspopulist_innen an. Zudem begleiten und moderieren die Mobilien Beratungsteams gemeinsame Verständigungsprozesse von Parlamentarier_innen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

www.bundesverband-mobile-beratung.de

Telefon 0351. 500 54 16

kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Wie Medien mit rechtspopulistischen Positionen umgehen können

Das Verhältnis der AfD zu den klassischen Medien ist ambivalent: Einerseits kritisiert sie die Medien als »Lügen«, zumindest aber »Lücken« oder »Pinocchio-Presse«. Die Partei fühlt sich von der Presse unfair behandelt. Heftige Kritik übt sie am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dieser sei zwangsfinanziert und undemokratisch (Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017, S. 48). Kritische Journalist_innen werden von Parteiveranstaltungen ausgeschlossen – etwa Liane Bednarz auf dem Bundesparteitag im April 2017. Gleichzeitig verfolgen die Rechtspopulist_innen eine klare Kommunikationsstrategie, die ihnen eine möglichst hohe Präsenz in den Medien sichern soll.

Was sollten Journalist_innen beachten, um sich nicht zu Verlautbarungsgehilfen der AfD zu machen und auf ihre Strategie »Provokation – Zurücknahme – erneute Provokation«, die Medienlogiken so perfekt bedient, hereinzufallen? Darüber haben wir mit zwei Journalistinnen gesprochen, die sich intensiv mit der Partei beschäftigen.

»Überforderte Atemlosigkeit«

Interview mit Alice Lanzke

Alice Lanzke ist freie Journalistin, Referentin und Lektorin sowie Projektleiterin bei den Neuen Deutschen Medienmachern. Sie arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Rechtsextremismus im Internet, rechtspopulistische Kommunikationsstrategien, besser Berichten über Flucht und Migration sowie rassismuskritischer und diskriminierungssensibler Sprachgebrauch.

[Sie befassen sich mit rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien. Wie kommunizieren solche Gruppen mit Medien – und lassen sich die Medien benutzen?](#)

Zunächst einmal ist es für viele Menschen eine Überraschung, dass es rechtspopulistische Kommunikationsstrategien überhaupt gibt – immer noch wird die Professionalität der Rechten unterschätzt, weil in der Öffentlichkeit das Bild des »tumben Nazis« dominiert. Dass ein bestimmtes Narrativ – zum Beispiel in der Flüchtlingsdiskussion – aber gerade gesellschaftlich die Oberhand hat, ist auch das Ergebnis geschickt orchestrierter rechter Kampagnen. In der Öffentlichkeit spielen Rechtsaußen-Akteur_innen auf der Klaviatur klassischer Kommunikationsstrategien: von der Emotionalisierung über die Personalisierung, vom Themen-Hopping zur Selbstinszenierung als Tabubrecher. Journalist_innen werden dabei zum Feindbild gemacht, zu Vertreter_innen einer »Systempresse«, die vor allem in den sozialen Netzwerken umgangen wird.

[Berichten die Medien angemessen über Rechtspopulismus?](#) Derzeit könnte man den Eindruck gewinnen, dass es für

die Medien kaum ein anderes Thema als Rechtspopulismus gibt. Allerdings beobachte ich eine Unsicherheit in vielen Redaktionen, wie mit dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklung journalistisch umgegangen werden soll. Es scheint teilweise eine überforderte Atemlosigkeit zu herrschen. Natürlich erschrecken uns aktuelle Umfragen oder Wahlergebnisse. Angesichts der Berichterstattung könnte man aber den Eindruck gewinnen, die AfD hätte die jeweiligen Wahlen gewonnen. Auf diese Weise lassen sich die Medien nicht selten von den Strateg_innen der AfD vor den Karren spannen, indem sie voller Erregung über die neuesten skandalträchtigen Äußerungen berichten – und blenden dabei aus, dass doch gerade das das Kalkül des Rechtspopulismus ist: Er braucht die öffentliche Aufmerksamkeit, das Erregungsmoment.

Gleichzeitig beobachte ich aber auch eine positive Folge der beschriebenen Verunsicherung: Journalist_innen machen sich Gedanken über diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch, reflektieren öffentlich den Unterschied zwischen Meinung und Haltung – das sind Phänomene, die uns in meinen Augen nur guttun können.

[Wie würde für Sie ein professioneller Umgang mit kontroversen Themen wie »Flucht und Asyl« aussehen?](#)

Gefordert sind hier die gleichen Kriterien wie in jedem anderen Bereich des professionellen Journalismus: angemessen, präzise und wertfrei. Und das betrifft auch die Sprache der Berichterstattung – sie sollte die von Populist_innen angestrebte Polarisierung nicht noch vorantreiben. Das klingt nach Selbstverständlichkeiten, doch was wir als *Neue Deutsche Medienmacher* feststellen, ist, dass die Sprache des Rechtspopulismus Eingang in die Berichterstattung findet, wenn man nicht verteuelt aufpasst. Begriffe wie »Überfremdung« oder eben »besorgte Bürger« sollten Medienschaffende nicht einfach unreflektiert übernehmen, sondern sich und der eigenen Leser-, Hörer- oder Zuschauer-schaft klar machen, aus welchem Kontext sie stammen und welche Assoziationen mit ihnen verknüpft sind. Was macht es mit der Stimmung in der medial geprägten Öffentlichkeit, wenn monatelang von einer »Flüchtlingswelle« oder einem »Flüchtlingsstrom« die Rede ist: sprachliche Bilder, die an eine unaufhaltsame Naturkatastrophe denken lassen und die vielen Einzelschicksale zu einer bedrohlichen Masse machen. Um hier für mehr Sensibilität und Aufklärung zu sorgen, haben wir ein Glossar mit Formulierungshilfen für die Einwanderungsgesellschaft entwickelt, das ich allen Medienschaffenden nur ans Herz legen kann.

[Was würden Sie ihren journalistischen Kolleg_innen empfehlen, um rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien nicht auf den Leim gehen?](#)

Wir als Journalist_innen ordnen ein, analysieren, und wir



Alice Weidel zu Gast in der Sendung »Maischberger« zum Thema »Angst vor Flüchtlingen: Ablehnen, ausgrenzen, abschieben?«. Neben ihr der ARD-Moderator Ranga Yogeshwar. © Screenshot ARD Mediathek

erzählen Geschichten. Damit ist es unsere Aufgabe, den einfachen schwarz-weiß Narrativen der Rechtspopulist_innen und Rechtsextremen nicht nur Fakten entgegenzustellen, sondern auch Gegen narrative, die der Vielfalt unserer heutigen Gesellschaft entsprechen.

Ein weiterer Punkt: Wir plädieren für eine gut informierte Berichterstattung, die auch Hintergründe darstellt. Das klingt erst einmal wie eine Selbstverständlichkeit, die aber doch immer wieder betont werden muss. Denken wir zum Beispiel an die Beiträge über Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen und das oft erstaunte Entsetzen über den vermeintlich spontanen Hass. Journalist_innen, die schon lange über Rechtsextremismus in diesen Regionen berichten, oder engagierte NGOs vor Ort warnen seit Jahren vor den rechtsextremen Strukturen, die hier aus dem Zusammenspiel unterschiedlichster Akteur_innen erwachsen. Oder wie lange hat es gedauert, bis in den Medien dargestellt wurde, dass bei sogenannten Pegida-Spaziergängen eben nicht nur sogenannte besorgte Bürger_innen auf die Straße gehen?

Die **Neuen deutschen Medienmacher** sind ein Netzwerk, das sich als Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationshintergrund versteht und für eine ausgewogene Berichterstattung eintritt, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt. Hier gibt es Ansprechpartner_innen für interkulturellen Journalismus, welche Initiativen und Projekte (mit) anstoßen, die auf Nachwuchsförderung und ausgewogene Berichterstattung ausgelegt sind.

<http://neuemedienmacher.de>
Telefon 030. 2694 7230
info@neuemedienmacher.de

Meiner Meinung nach würde es helfen, wenn die Medien mehr unterschiedliche Perspektiven darstellen würden, nämlich die von Menschen mit Migrationsgeschichte. Nach den Vorfällen zu Silvester in Köln habe ich genau einen Bericht gefunden, bei dem Menschen aus den migrantischen Communitys nach ihrer Sicht der Dinge gefragt wurden. Ich selbst bin Deutsche mit Migrationsgeschichte. Angesichts der rechtspopulistischen Wahlerfolge, der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und der Masse an rechter Hate speech in sozialen Netzwerken mache ich mir Sorgen – ich würde mich also tatsächlich als besorgte Bürgerin bezeichnen. Meine Ängste habe ich in der aktuellen Berichterstattung aber noch nicht wiederfinden können.

Weiterlesen:

Glossar der Neuen deutschen Medienmacher: Formulierungshilfen für die Berichterstattung über Einwanderung, <http://glossar.deuemedienmacher.de>.

Beispiel Sprache und Provokation – Das AfD-Strategiepapier

Die Sprachforscherin Elisabeth Wehling von der Berkeley University in Kalifornien spricht sich dagegen aus, auf jede sprachliche Provokation der AfD einzugehen und sie breitzutreten: »Wenn sich die Medien auf die Angriffe als »Lügenpresse« einlassen und beginnen, zu belegen, dass sie ehrlich sind, haben sie sich schon im Angriff des Gegners verheddert. [...] Wenn wir Ideen wiederholen, propagieren wir sie in den Köpfen der Menschen – ob wir wollen oder nicht. Selbst wenn wir »dagegen« sind. Das Negieren von Ideen stärkt sie – denken Sie nicht an einen rosaroten Elefanten!«

Das ganze Interview mit der Berkeley-Linguistin im Tagesspiegel findet sich unter www.tagesspiegel.de/medien/sprachforscherin-elisabeth-wehling-wir-gehen-trump-immer-noch-auf-den-leim/19345710.html.

Das Weitertragen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Narrativen geschieht also häufig völlig unbewusst und selbst in Texten, in denen Kritik an solchen Positionen geübt werden soll. Indem wir Vokabular, Bilder und Botschaften übernehmen, steigern wir die Aufmerksamkeit für die Narrative der AfD. Die Partei ist sich dieses Umstandes sehr wohl bewusst und macht ihn sich zunutze. So heißt es im Strategiepapier der AfD zum Bundestagswahlkampf 2017 explizit:

Gesucht wird eine »reflexhafte Eskalation« mit den anderen Parteien: Die AfD müsse »ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein«. Die AfD dürfe »vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken«. »Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern muss sich selbstbewusst zu ihrer Aufgabe bekennen, dem Protest in Deutschland eine politische Richtung und ein Gesicht zu geben.« »Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern, die Altparteien müssen es ablehnen.« Ziel sind »wenige, sorgfältig ausgewählte und kontinuierlich bespielte Themen von Bedeutung. Sie müssen so aufbereitet und vermarktet werden, dass die AfD mit ihnen in der Öffentlichkeit identifiziert wird, ihre bisherigen Alleinstellungsmerkmale verteidigt und einige wenige neue hinzugewinnt.« Wichtiger ist »mehr Erfolg als immer wieder neues zu bringen. Konzentration auf Eingängiges geht vor Vollständigkeit, harte und provokante Slogans sind wich-

tiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze, die es allen recht machen wollen.« Die Reaktionen und Befindlichkeiten anderer Teile der Gesellschaft seien für die AfD »von untergeordneter Bedeutung«. (Auszüge aus dem Strategiepapier: www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101.html, 23.01.2017)

Die Aufgabe für die Medien besteht also darin, klug auszuwählen, wann eine Geschichte von öffentlichem Interesse ist. Genauso wichtig ist es, sich mit den Narrativen der AfD auseinanderzusetzen und zu vermitteln: Was sagen Vertreter_innen der Partei? – und was meinen sie damit? Denn die AfD versucht durchaus, menschenfeindliche Aussagen zu verschleiern, um bürgerliche Wähler_innen anzusprechen.

Weder Ekel noch Empörung oder Erregung dienen der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen. Die Leserschaft sollte das Werkzeug an die Hand bekommen, mit denen die tagtägliche Auseinandersetzung – ob verbal oder geistig – gelingt:

- Parteiprogramme, Positionspapiere und Veröffentlichungen analysieren
- Strategien offenlegen und diesen nicht auf den Leim gehen
- menschenfeindliche Positionen benennen und erläutern, warum diese problematisch sind
- politisch-inhaltlich berichten statt über Personen und Machtfragen, wie es bei der AfD oft der Fall ist.

Die Spiegel-Journalistin Melanie Amann empfiehlt, Fragen von Journalist_innen sollten nüchtern, unaggressiv und ergebnisoffen sein, nicht auf die Person zielen, sondern auf politische Konzepte. »Wie genau würden Björn Höcke oder Alexander Gauland eine »negative Obergrenze« von minus 200 000 Migrantinnen im Jahr forcieren? Wie würden sie die Kandidaten für die jährliche »Remigration« auswählen und auf welcher Rechtsgrundlage eigentlich? Was tun, wenn die Ausgewählten Widerstand leisten, juristisch oder physisch? Was, wenn ihre Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen?« Auf diese Weise werden Forderungen der AfD mit der Realität konfrontiert, konsequent zu Ende gedacht. Außerdem:

- Bruchlinien in der Partei aufzeigen, auf inhaltliche Widersprüche hinweisen
- AfD-Funktionär_innen mit internen Machtkämpfen konfrontieren
- hartnäckig nach Rollenverständnis der Partei fragen: Fundamentalopposition oder regierungswillige Kraft?
- nach anonymen Spenden fragen, z.B. der verdeckten Spende in Form der Zeitung »Extrablatt«.

Weiterlesen:

Melanie Amann: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017.

MUT ZUM DÜNNSSCHISS

In 5 Schritten zum AfD-Skandal

1. Wagen Sie im Interview den kalkulierten Tabubruch: Fordern Sie einen Schießbefehl gegen Flüchtlinge oder äußern Sie sich rassistisch gegen dunkelhäutige Nationalspieler! Dann kaufen Sie Popcorn und warten auf die Empörungswelle in Medien und Sozialen Netzwerken.
2. Streiten Sie ab, sich jemals in diesem Wortlaut geäußert zu haben. Lassen Sie dabei die Möglichkeit offen, dass Sie es durchaus so gemeint haben - es aber wegen dieser linksgrünversifften Meinungsdictatur nicht offen zugeben können. Sie wollen ja nicht unsere rechten Anhänger verprellen.
3. Schicken Sie einen anderen AfD-Vertreter vor, der für Sie zurückrudert. Dabei kann er gerne behaupten, Sie könnten sich an die Äußerungen nicht erinnern (AFDemenz). Sie wollen ja nicht unsere konservativen Wähler verprellen.
4. Begeben Sie sich in die Opferrolle! Jammern Sie medienwirksam herum, dass die Lügenpresse und die Gutmenschenmeute im Internet wieder gegen Sie und die AfD hetzen. Animieren Sie Ihre Anhänger, es Ihnen in den Sozialen Netzwerken gleich zu tun!
5. Schalten Sie die Tagesschau ein und lassen Sie ein paar Sektikorken knallen! Sie und die AfD sind mal wieder der Aufmacher! Sammeln Sie ruhig schon neue Ideen. Das nächste Interview kommt bestimmt. Tipp: Islam kommt immer gut. Kaufen Sie mehr Popcorn.

Alternative für Deutschland



© Vincent Ackermann/SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

»Konkret nachhaken und eigene Schwerpunkte setzen!«

Interview mit Sabine am Orde

Sabine am Orde ist innenpolitische Korrespondentin der *taz*. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die AfD. Mit uns sprach sie über den Umgang mit sogenannten Angst-Themen und Medienstrategien rechtspopulistischer Parteien wie der AfD.

[Die AfD beschwört Ängste herauf, indem sie die Realität in den schwärzesten Farben malt. Welchen Umgang mit der AfD und ihrer alarmistischen Rhetorik halten Sie für angemessen – ausgrenzen? Oder lieber umarmen, was man nicht überwinden kann?](#)

Keinen von beiden, ich halte beide sogar für fatal. Ich glaube, dass man sich mit der AfD inhaltlich auseinandersetzen muss – und zwar kühlen Kopfes und inhaltlich gut gerüstet. Es reicht nicht, die Nase zu rümpfen, weil man mit diesen Positionen nichts zu tun haben will, oder pauschal mit der Nazikeule zuzuschlagen. Wir müssen fragen, wie die AfD ihre Vorschläge umsetzen will, und sehr konkret nachhaken, wenn sie dies nicht erklären kann. Und wir müssen aufzeigen, was einzelne Vorschläge bedeuten – etwa, dass nach einer Ausbürgerung straffällig gewordenen Migrant_innen die Staatenlosigkeit droht. Das verstößt aus gutem Grund gegen das Grundgesetz – und die AfD fordert es in

ihrem Wahlkampfprogramm-Entwurf für die Bundestagswahl. So erreicht man vielleicht nicht den harten Kern der AfD-Anhänger_innen, kann aber die weitere Verbreitung im gesellschaftlichen Mainstream verhindern. Es ist auch wichtig, attraktive eigene gesellschaftliche Entwürfe einzubringen.

[Wie diskutiert die Redaktion der taz den Umgang mit der AfD im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl?](#)

Wir diskutieren immer wieder über unsere AfD-Berichterstattung, weil allen klar ist, dass die Medien eine wichtige Funktion in der Strategie der AfD übernehmen – auch wenn sie zunehmend auf eigene und soziale Medien setzt, wie das die FPÖ in Österreich in den letzten Jahren bereits erfolgreich getan hat. Wir fragen: Ist das wirklich berichtenswert? Nicht, weil wir etwas verschweigen wollen, sondern weil man die Frage nach der Relevanz immer neu stellen muss.

Die AfD will provozieren, weil Provokationen Aufmerksamkeit generieren. Dann rudert sie ein bisschen zurück und bekommt wieder neue Aufmerksamkeit. Natürlich sollten wir nicht über jedes Stöckchen springen, das die AfD uns hinhält. Doch wenn Björn Höcke zum Beispiel eine 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur fordert oder Frauke Petry sagt, in letzter Konsequenz müsse man an der Grenze auf Flüchtlinge schießen, um einen illegalen Grenzübertritt zu verhindern, dann ist das auch eine wichtige Information darüber, wo die Partei steht, und deshalb sind solche Aussagen berichtenswert. Gleichzeitig weitet

sich durch die Berichterstattung das, was sagbar ist, immer weiter aus. Das ist eine schwierige Abwägung.

Wie lässt sich verhindern, dass das Konzept der AfD aufgeht und sie bestimmt, worüber in den Medien und in der Öffentlichkeit debattiert wird?

Wichtig ist, die Themen, über die berichtet wird, selbst zu bestimmen: Zum Beispiel über die unklare Haltung der AfD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die bewusst offen gehalten wird, weil sie die Partei und ihre Wählerschaft spaltet. Ich versuche immer, eigene Schwerpunkte zu setzen – zum Beispiel, indem ich einen Verfassungsrechtler frage, ob die Positionen zum Islam noch mit dem Grundgesetz vereinbar sind, oder indem ich über die Verstrickungen mit der Neuen Rechten berichte. Wir haben bislang auch noch kein O-Ton-Interview mit der AfD gedruckt. Denn selbst wenn man – wie es jüngst der »Spiegel« mit Höcke getan hat – gut vorbereitet und konfrontativ vorgeht – letztendlich bietet man ihm damit eine Plattform.

Einwanderung und Integration gehören zu den Dauerthemen der medialen Berichterstattung, doch die Beiträge zu diesen Themen sind oft von Stereotypen geprägt. Der **Mediendienst Integration** unterstützt Journalist_innen bei ihrer Recherche zu diesen Themen und leistet einen wertvollen Beitrag zu einer differenzierten und rassismuskritischen Berichterstattung.

<http://mediendienst-integration.de>
Telefon 030. 2007 6480
mail@mediendienst-integration.de

Handlungsempfehlungen: Umgang mit rechtspopulistischen Positionen in den Medien

Nicht provozieren lassen

Es muss nicht auf jede Provokation vonseiten der AfD reagiert werden. Die Partei muss auch nicht in jeder Talk-Runde vertreten sein, um eine ausgewogene Debatte führen zu können. Allgemein gilt: Wer Demagog_innen eine Plattform bietet, ob schriftlich oder im Bewegtbild, sollte diesen inhaltlich gewachsen sein.

Die Debatte normalisieren

Informierte Debatten zu führen ist ein wichtiger Teil einer demokratischen Gesellschaft – doch wir müssen die Themensetzung auf Verhältnismäßigkeit prüfen. Menschenfeindliche Positionen sollten lieber referiert als direkt zitiert werden: Das bietet weniger Möglichkeit zur Selbstinszenierung. Auch Betroffene sollten zu Wort kommen.

Sachlich kontextualisieren und politisch-inhaltlich berichten

Argumente und Ansichten sind vielfältig zu diskutieren, dabei liegt der Fokus auf der Sachebene. Analysen von Parteiprogrammen, Positions- und Strategiepapieren sind eine gute Grundlage für argumentativ fundierte Diskussionen.

Menschenfeindliche Positionen benennen

Essenziell ist zu erläutern, warum menschenfeindliche Positionen problematisch sind. Auch hinter scheinbar konservativen Themen steckt häufig eine Abwertung von Minderheiten.

Zahlen und Fakten hinterfragen

Zahlen und Fakten lassen sich am besten mithilfe fundierter Quellenanalyse und -kritik recherchieren. Bei Liveübertragungen kann dies etwa durch *Live-Fact-Checking* geschehen, also durch das Überprüfen des Gesagten. So können Diskussionsteilnehmer_innen direkt mit potenziellen Verzerrungen konfrontiert werden.

Themen-Hopping unterbinden

Rechtspopulist_innen arbeiten mit Ängsten, Feindbildern und Mutmaßungen – an konstruktiven Lösungsvorschlägen sind sie selten interessiert. Journalist_innen sollten sich dessen bewusst sein und sich nicht auf Ablenkungsmanöver einlassen.

Medien als Verifikationseinheit stärken

Transparenz, selbstkritischer Umgang mit Fehlern und den Informationsauftrag wahrzunehmen – das sollten Kernprinzipien journalistischen Arbeitens sein. Hierauf kann die Glaubhaftigkeit von Medienhäusern aufbauen.

Gegenbilder entwerfen und Möglichkeiten aufzeigen

Betroffene von Hass und Abwertung sollten zu Wort kommen. Unerlässlich ist es, über die Debattenkultur zu streiten und einen wertschätzenden Umgang miteinander weiterzugeben – auch bei konträren Positionen.

Zu Medienkompetenz und Quellenarbeit befähigen

Menschen sollten durch politische Bildungsarbeit zu Medienkompetenz und kritischer Quellenarbeit befähigt werden, die wiederum aufgeklärte Urteile zulassen.

Das erste gemeinnützige Recherchezentrum im deutschsprachigen Raum – **Correctiv.org** – recherchiert zu den Bedrohungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft, zu Machtmissbrauch und Korruption in Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, zu Themen wie Umwelt, Bildung, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit oder Rechtsradikalismus und Islamismus.

www.correctiv.org
Telefon 0201. 3655 8877
fragen@correctiv.org

In der pädagogischen Arbeit gegen Rechtspopulismus handeln

Zur Kinder- und Jugendpolitik der AfD

Im AfD-Parteiprogramm sucht man nach Beiträgen der Partei zur Kinder- und Jugendförderung vergeblich. Zur Förderung einer Kinder- und Jugendarbeit, die durch Mit- und Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Partizipation und Teilhabe bestimmt ist, so wie es das Leitbild des Achten Sozialgesetzbuch vorsieht, trifft die AfD in ihrem Programm keine weitergehenden Aussagen. Auch erweiterte Themenfelder, wie Freizeit, Sport oder Ehrenamt, die für die Kinder- und Jugendarbeit wichtig sind, werden im Bundeswahlprogramm nicht gewürdigt.

Eine Definition von Jugend findet man im AfD-Bundeswahlprogramm einzig in den Forderungen zum Strafrecht: Kinder sollen bereits ab 12 Jahren strafmündig sein. Junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren sollen ausnahmslos unter das Erwachsenenstrafrecht fallen (Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017, S. 24f.). Bisher gibt es die Möglichkeit, diese Altersgruppe auch unter dem Jugendstrafrecht zu verurteilen, da junge Erwachsene in ihrer Entwicklung sehr individuell und von verschiedenen Strukturen betroffen sind. Der Reifezustand wird von unterschiedlichen Machtverhältnissen und sozialen Umständen geprägt. Das Jugendbild der AfD hingegen kennt nur zwei starre Kategorien: entweder ein unmündiges Kind oder Erwachsene, die sich den vollen Konsequenzen ihres Handelns bewusst sind.

Der individuellen Förderung von jungen Heranwachsenden misst die AfD keine besondere Bedeutung bei. Aus diesem Grund lässt sich sie sich durchaus als jugendfeindlich bezeichnen – so wie das unter anderem der Deutsche Bundesjugendring und der Bund deutscher Pfadfinder_innen getan haben.

Weiterlesen:

Der **Deutsche Bundesjugendring** hält die AfD für jugendfeindlich, weil sie die Jugend nicht versteht und ihr durch Strafe und Entrechtung nicht den Freiraum gibt, den sie braucht. Der Verband hat deshalb einen Unvereinbarkeitsbeschluss veröffentlicht. Das Positionspapier finden Sie hier: www.dbjr.de.

Praxisbeispiel:

Erklärung zivilgesellschaftlicher Träger in Sachsen-Anhalt

Ein Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen in Sachsen-Anhalt bezieht öffentlich Stellung gegen die AfD. In einer gemeinsamen Erklärung demonstrieren sie ihr Werte- und Demokratieverständnis – und zeigen, wie sie Kinder- und Jugendpolitik gestalten wollen. »Wir engagieren uns für die gleichberechtigte Teilhabe

von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen. Sie sind Expert_innen in eigener Sache. Wir begleiten sie bei der Formulierung und Vertretung ihrer Interessen. Erfahrungs- und Erlebnisräume für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt sind für junge Menschen unerlässlich. Wir setzen uns für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen ein und stärken die Selbstorganisation junger Menschen.« (Für ein demokratisches Sachsen-Anhalt der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts, August 2016, www.lkj-sachsen-anhalt.de/wp-content/uploads/2009/10/ErklärungzivilgesellschaftlicherTräger_16092016.pdf)

Praxisbeispiel:

»Wir haben uns gefragt: Ist die AfD mit unserer Satzung vereinbar?«

Der Sprecher_innenkreis des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V. (KJR) veröffentlichte im Oktober 2016 ein Positionspapier zum Umgang mit der AfD. Wir haben Anne Haertel (Vorstandsvorsitzende des KJR) und Juliane Jesse (Vorstandsmitglied des KJR) gefragt, warum dieser große Jugendverband sich dazu entschlossen hat und welche Konsequenzen das nach sich zog.

[André Poggenburg, Vorsitzender der AfD Sachsen-Anhalts, bezeichnete den Kinder- und Jugendring des Landes Sachsen-Anhalts im Dezember 2016 öffentlich als »linksradikale Vereinigung«. Wie linksradikal ist der Kinder- und Jugendring in Sachsen-Anhalt?](#)

Gute Frage. Der Kinder- und Jugendring vereint ganz verschiedene Jugendorganisationen, Jugendverbände, Dachverbände und die »AG kreisfreier Städte und Gemeinden« in Sachsen-Anhalt. Zu unseren Mitgliedern gehören unter anderem die Sportjugend, die Jugendfeuerwehr und christliche Organisationen, die wohl eher als konservativ gelten und mitnichten links sind, geschweige denn linksradikal. Bei unserer Entscheidungsfindung fragen wir nicht nach politischen Präferenzen, sondern versuchen die bestmögliche Lösung für Probleme zu finden. Daran sind alle Mitglieder mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen beteiligt. Diskussionen und Beschlüsse leben davon, dass ganz verschiedene Blickwinkel berücksichtigt werden. Politisch ist es uns wichtig, unabhängig zu sein.

[Der Sprecher_innenkreis des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalts e.V. veröffentlichte am 19.10.2016 ein Positionspapier zum Umgang mit der AfD. Was hat Sie zu diesem Beschluss bewogen? Gab es einen konkreten Anlass dafür?](#) Als neuen politischen Akteur im Land haben wir die AfD

und ihr Handeln beobachtet und diskutiert. Dies auch nicht erst seit dem Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt, sondern schon mit wachsendem Zuspruch in der Bevölkerung. Wir sahen die Notwendigkeit, unsere Grundhaltung nach innen und außen zu klären. Zentral war dabei die Frage, inwiefern Inhalte und Agieren der Partei (und später der Fraktion) mit unseren satzungsgemäßen Werten vereinbar sind. Das Ergebnis dieser Diskussionen ist das vorliegende Positionspapier, das einen mit den Mitgliedern abgestimmten Umgang mit der AfD festschreibt.

Was ist geschehen nach der Veröffentlichung Ihres Positionspapiers, das unter anderem die AfD grundsätzlich von Ihren Veranstaltungen ausschließt? Welche Reaktionen seitens der AfD gab es darauf?

Zunächst gar nichts, denn die AfD hat von unserem Positionspapier nichts mitbekommen. Unabhängig davon hat sie aber über längere Zeit darüber gejammert, dass wir sie zu einer von uns organisierten Diskussion mit den Spitzenkandidat_innen der Parteien im Vorfeld der Landtagswahl nicht eingeladen haben. Durch die darauf folgende Berichterstattung in den regionalen Tageszeitungen wurde auch der Beschluss öffentlich diskutiert. Sowohl in der Presse als auch im Landtag griff die AfD uns mehrfach verbal an und nannte uns unter anderem eine »Vereinsmafia«. Der Kinder- und Jugendring indoktrinierte Kinder und Jugendliche mit linksradikalem Gedankengut, hieß es weiter. Umso überraschter waren wir, als wir in der Post eine Einladung

zur AfD-Weihnachtsfeier fanden und man sich zudem telefonisch nach unserem Kommen erkundigte.

Wie gehen Sie mit dieser unerwarteten Öffentlichkeit und den durchsichtigen Provokationen der Partei um?

Wir wollen bei all dem sachlich bleiben und lassen uns nicht aus der Ruhe bringen. Wir arbeiten mit denen, die die Sorgen von jungen Menschen verstehen können, die sie achten, Verständnis für ihre Vielfalt und ein Herz für ihre jeweilige Einzigartigkeit haben. Dabei liegt uns an Sachdiskussionen, an Lösungen für die Probleme junger Menschen und an einem menschenwürdigen und chancengleichen, friedlichen Leben für jede_n in diesem Land. Die AfD wird uns nicht von unserer Arbeit abhalten, im Interesse von Kindern und Jugendlichen für ein solches Leben einzutreten.

Das Positionspapier ist online nachzulesen unter:

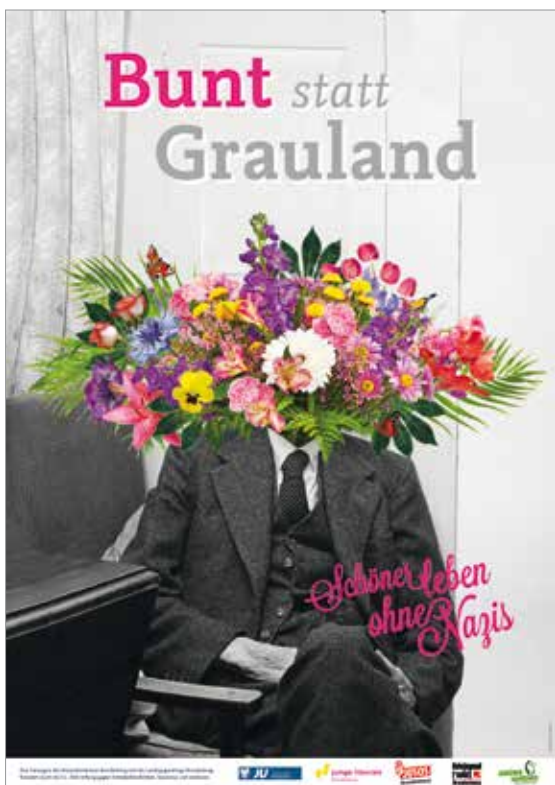
http://kjr-lsa.de/ger/dokumente/Beschluss_S1_final.pdf.

Beispiel Hannover: Ein Jugendhilfeausschuss unter Vorsitz der AfD

Am 4. November 2016 war in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu lesen: »Ein unterdrücktes Raunen geht durch den Raum als klar wird, dass die AfD den Vorsitz des Jugendhilfeausschusses übernimmt. [...] Womöglich haben sich die Politikneulinge noch keinen wichtigen Ausschuss zugetraut, vermutet ein Sozialdemokrat.«

Im Neuen Rathaus von Hannover konstituierte sich am 3. November 2016 der neue Rat und dazu gehört auch die Verteilung der Ausschussvorsitze. Die Fraktionen können dabei frei wählen, immer abwechselnd nach einer festgelegten Reihenfolge, je nach Wahlergebnis. Als die AfD an der Reihe war, beanspruchte sie den vermeintlich unwichtigen Jugendhilfeausschuss; also einen Ausschuss, der Teil des Jugendamtes und zu 40 Prozent mit Akteur_innen der Zivilgesellschaft besetzt ist; einen Ausschuss, der die Belange und Interessen von 80.000 Kindern und Jugendlichen in Hannover vertritt. Sein neuer Vorsitzender ist der AfD-Politiker Sören Hauptsein, ein 25-jähriger Jura-Student und Vorsitzender der Jungen Alternative Niedersachsen. Er ist bekennender Antifeminist und reist durch Niedersachsen mit Vorträgen gegen die sogenannte »Gender-Ideologie«.

Die Ausschussvorsitzenden haben keine besondere Macht. Sie laden zu den Sitzungen ein und können nach bestimmten Regeln Mahnworte erteilen, jedoch haben bei Abstimmungen ihre Stimmen nicht mehr Gewicht als die der übrigen Ausschussmitglieder. Wichtiger hingegen ist die Symbolkraft: Die AfD macht Realpolitik und möchte mitgestalten. Dass diese Gestaltung keine emanzipatorische ist, dürfte klar sein. Der Stadtjugendring zeigte sich entsetzt und wertete das Ergebnis als eine Abwertung der Jugendpolitik. Viele Positionen der AfD stehen denen der Jugendverbände und -ringe diametral gegenüber.



Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 entwarfen die demokratischen Jugendverbände der Parteien das gemeinsame Plakat »Bunt statt Grauland«.

© Aktionsbündnis Brandenburg



Begehbare Ausstellung »Jugendzentrum und ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit«

Doch noch schockierender ist die Überraschung, mit der die Stadtöffentlichkeit und die Medien reagierten. Dass die AfD nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 11. September 2016 in Hannover viertstärkste Kraft werden könnte, war lange zuvor bekannt. Doch trotzdem saß der Schock tief, vorbereitet war offenbar niemand.

Die zukünftige Aufgabe von Jugendarbeiter_innen in Hannover und anderswo wird darin bestehen, bisher Erreichtes zu verteidigen und anschließend auszubauen. Insbesondere die rassismus- und antisemitismuskritische sowie die geschlechtergerechte und queere Jugendarbeit haben in den letzten Jahren wertvolle pädagogische Standards gesetzt. Die Multiplikator_innen sollten sich dieser wertvollen Arbeit bewusst sein und Strategien erarbeiten, wie diese nun gesichert werden können.

Interventions- und Handlungsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit

Kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit Programmatik, Ideologie und Themen der AfD

Setzen sie sich selbst als Kinder- und Jugendeinrichtung oder -verband inhaltlich kritisch mit der AfD auseinander. Wenn Sie sich dabei auf ihre Satzung oder ihr Leitbild beziehen, überprüfen Sie, ob diese auch wirklich gelebt wird.

Menschenverachtende Positionen hinterfragen

Im Rahmen von U18-Wahlen können Pädagog_innen mit Jugendlichen demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen in Wahlprogrammen oder Äußerungen von AfD-Spitzenpolitiker_innen kritisch hinterfragen und diskutieren.

Schlüsselthemen der AfD erarbeiten

Pädagog_innen können Foren schaffen, um Schlüsselthemen der AfD, etwa Flucht, Asyl, Familie, Presse, Zweigeschlechtlichkeit und »Deutschsein«, in Bildungseinrichtungen zu besprechen und Gegenentwürfe zu erarbeiten, die sich an Pluralität orientieren.

Ziele und Strategien der AfD entlarven

Wenn die AfD im Sozialraum Ihrer Einrichtung aktiv ist, z.B. bei Kinder- und Familienfesten oder in Bezirks- oder Kommunalparlamenten, können Sie vor Ort öffentlich darauf aufmerksam machen, etwa durch Protest, Lautsprecherdurchsagen, Gegenreden.

Schnittmengen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus aufzeigen

Strategien rechter Gruppierungen und inhaltliche oder personelle Überschneidungen zwischen Neuer Rechter, Rechtsextremen und »...Gida«-Bewegungen mit der AfD sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rassismus und Antisemi-

tismus können von fachlich geschulten Pädagog_innen aufgezeigt, Handlungsstrategien mit ihnen entwickelt werden.

Dagegen argumentieren

Durch demokratiepädagogische Angebote kann Argumentationskompetenz gegen menschen- und demokratiefeindliche Ideologien gezielt gefördert werden, um Jugendliche on- und offline in ihrer Gegenrede zu stärken.

Haltung zeigen

Tragen Sie Ihre Haltung zu Demokratie, Vielfalt und Menschenrechten nach außen. Ermutigen Sie dabei auch Ihre Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner_innen, sich als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zu positionieren. Beteiligen Sie sich an Kundgebungen und Demonstrationen und zeigen Sie dort als Kinder- und Jugendeinrichtung oder -verband Haltung für eine vielfältige, solidarische und offene Gesellschaft.

Klar von Rechtspopulist_innen und Rechtsradikalen distanzieren

Einrichtungen sollten sich klar von Personen distanzieren, die einer Partei angehören oder einer Szene zugeordnet werden können, in denen völkisches, rechtsextremes, menschenfeindliches Gedankengut propagiert oder von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgegangen wird.

Menschenfeindlichen Positionen keine Bühne bieten

Sie müssen AfD-Politiker_innen nicht zu Ihren Veranstaltungen einladen und können in Ihrer Satzung jegliche

Zusammenarbeit mit dieser Partei ausschließen. Bei Veranstaltungen können Sie gemäß Ausschlussklausel vom Hausrecht Gebrauch machen, um Menschen auszuschließen, die menschenfeindliche Positionen äußern oder für ihr Engagement in extrem rechten Organisationen bekannt sind. Der Ausschluss von Rechtsextremen ist nicht undemokratisch, sondern ermöglicht allen, die sich durch ihre Präsenz bedroht fühlen, angstfrei an einer Veranstaltung teilzunehmen und offen diskutieren zu können.

Solidarisch zeigen

Beziehen Sie Stellung, wenn Kinder- und Jugendeinrichtungen und -verbände sowie ihre Mitarbeiter_innen von AfD-Vertreter_innen öffentlich diffamiert und angegriffen werden. Wehren Sie Angriffe der AfD oder anderer rechtspopulistischer und -extremer Organisationen gegen einzelne Verbände, Jugendringe oder Funktionsträger_innen aus Ihrer Mitte solidarisch ab. Schreiben Sie Pressemitteilungen, Solidaritätsbekundungen, gemeinsame öffentliche Erklärungen, wenden Sie sich an die Lokalpresse und schließen Sie Bündnisse.

Selbstbewusst und stark bleiben

Lassen Sie sich durch verbale Angriffe der AfD in Parlamenten oder parlamentarische Anfragen hinsichtlich der Förderung von Projekten oder einzelnen Jugendverbänden nicht einschüchtern und setzen Sie Ihre Arbeit fort. In schwierigen Fällen leiten Sie politische und rechtliche Schritte ein oder lassen Sie sich gezielt von den Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus beraten, die es in jedem Bundesland gibt. Bitten Sie zivilgesellschaftliche Akteur_innen wie die Amadeu Antonio Stiftung um Rat.

Die in Berlin und Hannover ansässige **ju:an-Praxisstelle** antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit entwickelt Konzepte und Instrumente, um Antisemitismus und Rassismus zusammen zu denken und zu bearbeiten. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator_innen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Praxis.

www.projekt-ju-an.de

Amadeu Antonio Stiftung

Berlin: Telefon 030. 240 886 15

praxisstelle@amadeu-antonio-stiftung.de

Hannover: Telefon 0511. 8973 4333

praxisstelle-hannover@amadeu-antonio-stiftung.de

ju:an
PRAXISSTELLE ANTISEMITISMUS- UND
RASSISMUSKRITISCHE JUGENDARBEIT

Zum Umgang mit der AfD an Schulen

Die Bildungspolitik der AfD

Ihren jugendpolitischen Vorstellungen entsprechend wird gemeinsames Lernen in der Schule von der AfD abgelehnt. Sie propagiert ein leistungsorientiertes Lernen in homogenen Leistungsgruppen auf allen Ausbildungsebenen. Die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf ist für die AfD »ideologisch motiviert«. Sie koste zu viel und würde andere Kinder in ihrer Entwicklung hemmen. Deshalb lehnt die Partei eine über die Förderschule hinausgehende Beschulung und Integration von behinderten Kindern ab. Sonder- und Förderschulen sollen aus- und abgegrenzt neben einem leistungsorientierten, gegliederten Schulsystem stehen (Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017, S. 43ff.). »Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheitsschule muss Einhalt geboten werden«, heißt es weiter im Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl. Aus diesem Grund befürworte sie »ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem« (S.43). Diese Forderung ist jedoch nicht typisch für die AfD, nicht einmal klassisch rechtspopulistisch. Sie wird ebenso von konservativen Parteien getragen. Hier wird einmal mehr deutlich, dass die AfD Themen wählt, die in großen Teilen der Gesellschaft Anklang finden.

Auch im Bereich der Bildungs- und Schulpolitik lässt sich also der Kurs der AfD beobachten, Konflikte zuzuspitzen, Ungleichheiten zu verstärken und gleichzeitig zu behaupten, eine Partei des Volkes und der »kleinen Leute« zu sein.

Praxisbeispiel »Schule ohne Rassismus«

AfD-Mitgliedern an Schulen begegnen

Sanem Kleff leitet die Bundeskoordination »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. In ihrem Kommentar erklärt sie, wie die AfD versucht, an Schulen Einfluss zu gewinnen.

Die AfD begegnet Schulen vor allem darin, dass sie mittlerweile in verschiedenen Parlamenten sitzt und dort Kleine und Große Anfragen hinsichtlich der Aktivitäten von Schulen stellt. Diese Anfragen führen natürlich zu nichts, weil keine Schule irgendwelche fragwürdigen Aktivitäten unterstützt. Das weiß die AfD auch, sie bohrt aber dennoch nach, wahrscheinlich um nach innen und außen ihr Profil zu schärfen und deutlich zu zeigen, welche Aktivitäten ihnen nicht passen. Auch wenn die Anfragen zu keinem nennenswerten Ergebnis kommen, müssen sie bearbeitet werden. Der bürokratische Zug fährt ab, und nach nur drei Sätzen Anfrage sind schnell sieben Personen mit der Beantwortung beschäftigt. Die AfD ist aber eine zugelassene Partei und muss darum auch all ihre Rechte in den Institutionen nutzen dürfen. Mit den Anfragen befinden wir uns so in einem Dilemma, weil sie nicht vermeidbar sind. Wenn Schulen für eine Anfrage der AfD Auskunft geben müssen, dann ist unser Vorschlag: sachlich richtig antworten, sachlich wahrhaftig antworten und nur so viel wie notwendig antworten.



Dann gibt es Akteur_innen der AfD, die in der Schule und im Unterricht selbst aktiv sind, beispielsweise als Lehrer_innen. Auch hier gilt, dass die AfD eine zugelassene Partei ist und darum niemandem aufgrund der Mitgliedschaft ein Nachteil entstehen darf. Die Schulleitung darf wegen der Parteimitgliedschaft also nie gegen eine_n Lehrer_in vorgehen. Sie kann die Lehrkraft aber zu einem Dienstgespräch einladen und anmahnen, sich strikt an das Neutralitätsgebot und die Schulaufgaben zu halten. So kann die Schulleitung ein Zeichen setzen, ohne das Recht der Lehrer_in zu tangieren.

Eltern und Schüler_innen können sich ganz klar gegen die AfD-Mitgliedschaft von Lehrkräften äußern. Ich erwarte auch, dass sie das öffentlich tun. Mein Appell: Natürlich müsst Ihr nicht sofort wissen, was Ihr in so einem Fall tun könnt, aber dann sucht Euch Hilfe und Unterstützung. Es gibt so viele Anlaufstellen: Das muss nicht unbedingt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« sein, sondern es kann zum Beispiel auch ein nahe gelegenes Demokratiezentrum sein.

In Elternvertretungen kann man beobachten, dass sich Eltern offen zu einer AfD-Mitgliedschaft bekennen, weil sie davon ausgehen, dass diese gesellschaftlich akzeptiert wird. Für die Arbeit in Elternvertretungen lässt sich keine pauschale Handlungsempfehlung geben, die Elternschaft besteht eben aus allen. Wenn sich Eltern gegen die AfD engagieren wollen, können sie natürlich ihre ganz normalen demokratischen Rechte nutzen und auch Forderungen an die Schule stellen.

Es bleibt dabei: Was wahrhaftig an den Schulen zu tun ist, ist eine dauerhafte Prävention gegen rechtspopulistische Ideologien im Unterricht. Das ist ein wirklicher Garant für den richtigen Umgang mit der AfD. Alles andere sind nur feuerwehähnliche ad-hoc-Maßnahmen.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage zielt darauf ab, ein Schulklima zu erreichen, das von gegenseitiger Achtung und der Anerkennung individueller Eigenheiten geprägt ist, gepaart mit der gemeinsamen Suche nach verbindenden Normen. Die Bundeskoordination erstellt Materialien, in denen die Handlungsansätze, Themenfelder, Methoden und die Arbeitsweise des Projekts vorgestellt werden. Sie verwirklicht darüber hinaus bundesweite Fachtagungen, Qualifizierungsseminare und Vernetzungstreffen.

www.schule-ohne-rassismus.org

Telefon 030. 214 58 60

schule@aktioncourage.org

Beispiel: Berliner Lehrer wird entlassen – AfD inszeniert sich als Opfer

Im November 2016 wird Hendrik Pauli entlassen, ein Ausbilder an einem evangelischen Berliner Gymnasium. Pauli ist AfD-Mitglied, sympathisiert mit der rechtsextremen *Identitären Bewegung* und hat an Demonstrationen des Berliner Pegida-Ablegers *Bärgida* teilgenommen. Frank Olie, Vorstandsvorsitzender der evangelischen Schulstiftung in der Landeskirche, begründet die Kündigung gegenüber der *Bild*-Zeitung mit Zweifeln an Paulis pädagogischer Eignung als Lehrer: »Wenn jemand offen Sympathie für die rechtsextremistische, vom Verfassungsschutz beobachtete so-

*Der **Beutelsbacher Konsens** wurde als Ergebnis einer Tagung von Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer und konfessioneller Herkunft im Herbst 1976 erzielt. Er legt die Grundsätze für einen didaktischen Minimalkonsens der politischen Bildung fest und formuliert dafür drei Prinzipien:*

1. *Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, die Schüler_innen im Sinne einer erwünschten Meinung zu überrumpeln. Sie dürfen nicht an der »Gewinnung eines selbstständigen Urteils« gehindert werden, da dies im Widerspruch stehen würde zur Zielvorstellung der Mündigkeit der Schüler_innen.*
2. *Kontroversität: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Es dürfen keine Standpunkte unberücksichtigt bleiben, mögliche Alternativen müssen erörtert werden.*
3. *Interessenlage der Schüler_innen: Die Schüler_innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren. Sie sollen außerdem dazu befähigt werden, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die vorgefundene politische Lage im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen.*

nannte Identitäre Bewegung zeigt und sich öffentlich für die Bärigida-Bewegung engagiert, dann haben wir ein Problem. Unsere Lehrer sind ja auch immer Vorbilder.

Mit dem Engagement Paulis bei der AfD hat die Entlassung nichts zu tun – da sie eine zugelassene Partei ist, darf eine Mitgliedschaft auch kein Kündigungsgrund sein. Dennoch nutzt die AfD die Geschichte für sich, inszeniert sich als Opfer. Der Sprecher der AfD-Bundesspitze, Christian Lüth, spricht sogar von einer »politischen Säuberung«. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, betont im Interview mit dem »Handelsblatt«: »Die Kündigung muss in jedem Fall nach Recht und Gesetz erfolgen. Dies ist schon deshalb wichtig, damit keine Verschwörungstheorien aufkeimen.«

Eine zentrale Grundlage der politischen Bildung ist der sogenannte Beutelsbacher Konsens, der Kontroversität und freie Meinungsbildung in pädagogischen Kontexten schützt. Seine drei elementaren Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schüler_innenorientierung – sollten berücksichtigt werden, wenn die AfD im Unterricht oder in außerschulischen Bildungsveranstaltungen thematisiert wird.

Weiterlesen:

Benedikt Widmaier und Peter Zorn: Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016.

Praxisbeispiel Hochschule: »Engagement für Benachteiligte ist gefragt«

Andreas Kemper ist Publizist und Soziologe mit dem Themenschwerpunkt AfD. Im Interview spricht er über den Einfluss und die Vernetzung von Burschenschaften und AfD-nahen Hochschulgruppen.

Welche Gemeinsamkeiten haben AfD-nahe Hochschulgruppen und Burschenschaften, welche zentralen Unterschiede gibt es?

Eine wesentliche Gemeinsamkeit besteht in der anti-emanzipatorischen und nationalistischen Orientierung, beispielsweise in der militarismus-freundlichen Ausrichtung oder im verschwörungsideologischen Kampf gegen den vermeintlichen »Gender-Wahn«. Ein zentraler Unterschied besteht darin, dass in den AfD-nahen Hochschulgruppen auch Frauen beteiligt sind, zumindest am Rand.

Welchen Einfluss hat die AfD Ihrer Ansicht nach auf Burschenschaften? Und umgekehrt: Wie beeinflussen Burschenschaften die AfD-nahen Hochschulgruppen?

Nachweisbar sind direkte Kontakte und Personalüberschneidungen zwischen AfD-Hochschulgruppen und Burschenschaften. Indirekt gibt es einen Einfluss der Burschenschaften auf die AfD, insbesondere der Jungen Alternative, der sich dann in den Ausrichtungen der AfD-Hochschul-

gruppen wiederfindet. So ist beispielsweise der Sprecher der Deutschen Burschenschaft von 2015, Torben Braga, seit 2016 Assistent des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke und tritt auch als Sprecher der AfD-Landesfraktion in Thüringen auf. Die AfD-Hochschulgruppen sind allerdings noch viel zu klein und unbedeutend. Dies wird sich spätestens dann ändern, wenn die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung ab 2019 Gelder erhalten sollte aufgrund der wiederholten Wahl der AfD in Landesparlamente und dann Stipendien vergeben könnte.

Wie sollte Ihrer Meinung nach auf eine Vernetzung zwischen AfD-Hochschulgruppen und Burschenschaften reagiert werden?

Die allgemeinen Studentenausschüsse haben sich vor einhundert Jahren gegen die vormaligen aristokratischen Studentenausschüsse der Burschenschaften durchsetzen können. Das lief dann allerdings auf eine Verallgemeinerung der Interessen auf den nicht mehr aristokratischen, sondern bürgerlichen, weißen, deutschen, heterosexuellen Mann mit akademischer Herkunftsfamilie hinaus. Seit den 1970er Jahren wurde mit der Entstehung von autonomen Frauen-, Schwulen-, Lesben- und Behindertenreferaten und ausländischen Studierendenvertretungen dieser Allgemeinheitsanspruch korrigiert. Nach wie vor werden Hochschulen und das gesamte Bildungssystem jedoch dominiert von den Selektionsansprüchen der Menschen mit »höherer« sozialer Herkunft. Dieser »Klassenrassismus«, der das gesamte Bildungssystem durchzieht und sozial ausgrenzend wirkt, ist nach Didier Eribon heute eine wesentliche Grundlage für das Erstarken rechter Strömungen.

Gefordert ist die politische und autonome Selbstorganisation von Menschen mit »niederer« sozialer Herkunft als noch ausstehendes Korrektiv der Asten, Studierendenparlamente, hochschulpolitischen Listen und auch der Hochschulleitungen – und vor allem als Gegengewicht gegen überkommene Burschenschaften und entsprechend elitäre Hochschulgruppen. Es ist sehr viel wichtiger, sich positiv für die politisch-autonome Selbstorganisation dieser relevanten und benachteiligten Gruppe einzusetzen, als sich an den lauten, aber marginalen AfD-Hochschulgruppen abzuarbeiten.

Das **Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.** (NDC) bietet Projektstage gegen Ausgrenzung und für ein solidarisches Miteinander an. Sie sollen die Kinder und Jugendlichen zu couragiertem Handeln gegen Diskriminierung und Rassismus ermutigen. Zusätzlich bietet das NDC Fortbildungen zu Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung und Neonazismus für Lehrkräfte und Pädagog_innen an.

www.netzwerk-courage.de
Telefon 0351. 48 100 60
info@netzwerk-courage.de

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD im schulischen Bereich

Wahlkampf unterbinden

In den letzten sechs bis vier Unterrichtswochen vor einer Wahl sind Unterrichtsbesuche und parteipolitische Veranstaltungen in Schulen nicht möglich. Die Schulleitung kann mit Verweis auf das Schulrecht parteipolitische Veranstaltungen absagen.

Veranstaltungen gestalten

Veranstaltungen politischer Parteien sollten in Schulgebäuden nur durchgeführt werden, wenn sie erkennbar nicht rein parteipolitischer Natur sind, sondern sich wichtigen Fragen in Staat und Gesellschaft widmen. Hier muss ein vielfältiges Meinungsspektrum abgebildet werden.

Parteienwerbung verbieten, Parteieninhalte aufarbeiten

An Schulen darf keine Parteienwerbung verteilt werden. Die Schulleitung sollte nicht zögern, vom Hausrecht Gebrauch zu machen, wenn dies doch geschieht. Das heißt aber nicht, dass Publikationen der Parteien nicht im Unterricht besprochen werden sollten. Schüler_innen sollten sich mit diesen aktiv und mit pädagogischer Begleitung beschäftigen.

Für politische Ausgewogenheit sorgen

Generell gilt: Die Schule hat dafür zu sorgen, dass bei den Einladungen, die im Laufe eines Jahres ausgesprochen werden, keine demokratische Partei bevorzugt oder benachteiligt wird. Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei, sie vertritt aber undemokratische Positionen der Ungleichwertigkeit, denen die Schule keine Bühne bieten muss.

Pädagogisch begleiten

Eine pädagogische Begleitung von parteipolitischen Veranstaltungen durch kompetentes Lehrpersonal ist unerlässlich, insbesondere wenn diese in der Schule stattfinden. Die gemeinsame Nachbereitung solcher Veranstaltungen mit den Schüler_innen ist auch eine Chance, eine kritische Reflexion der politischen Debatte anzuregen und Ziele, Forderungen und Strategien der Parteien kritisch zu hinterfragen.

Sachliche und themenbezogene Diskussionen

Sitzen AfD-Politiker_innen auf dem Podium, dann sollte die Veranstaltungsmoderation darauf achten, dass am Kern der Sache und mit Praxisbezug zur Unterrichtsthematik diskutiert wird.

Hilfe bei Veranstaltungsvorbereitung suchen

Wenn Diskussionen mit Rechtspopulist_innen stattfinden, müssen sich alle Teilnehmenden darauf inhaltlich und argumentativ gut vorbereiten. Außerschulische Kooperationspartner_innen können dabei unterstützen, zum Beispiel durch Argumentationstrainings.

Prävention statt Reaktion

Für den nachhaltigen Umgang mit rechtspopulistischen Gruppen und Parteien wie der AfD sind insbesondere präventive Maßnahmen notwendig. Schüler_innen sollten für rechtspopulistische Argumentationsmuster sensibilisiert werden.

Fortbildungen für Lehrkräfte

Lehrkräfte sollten mit Fortbildungen *über* Ideologien der Ungleichwertigkeit informiert und für rechtspopulistische Argumentationsmuster sensibilisiert werden. Wichtig ist es, Räume für Reflexion der eigenen Positionierung zu schaffen und antisemitismus- und rassismuskritische Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Empowerment von Schüler_innen

Besondere Aufmerksamkeit gilt Schüler_innen, die von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind: Geschützte Räume sollten geschaffen werden, in denen sich die Schüler_innen mit ihren Diskriminierungserfahrungen auseinandersetzen und gemeinsam Handlungsstrategien entwickeln können.

Medienkompetenz fördern

Die mediale Kommunikation hat eine große Bedeutung für den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Elementar für die Prävention von Rechtspopulismus ist es, die Kompetenz zu fördern, mediale Inhalte entschlüsseln, verstehen und einordnen zu können.

Weiterlesen:

- Hans-Gerd Jaschke: Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. In: APUZ 18-19 (2012), www.bpb.de/apuz/133384/zur-rolle-der-schule-bei-der-bekaempfung-von-rechtsextremismus?p=all.
- Michael Hammerbacher: Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen, www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/Rechtsextremismuspraevention_an_Schulen.pdf.

Die RAA (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) setzen sich mit ihrer Arbeit für mehr Bildungsgerechtigkeit ein. Sie fördern die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und die Herstellung einer demokratischen Kultur in Schule und Gesellschaft. Hierzu gehören unter anderem die Unterstützung der Sprachförderung mithilfe von Sprachpaten und das Handeln gegen Ressentiments.

www.raa-berlin.de
Telefon 030. 240 45 100
info@raa-berlin.de

Umgang mit familien- und geschlechterpolitischen Positionen der AfD

Die Ablehnung von Feminismus, Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming gehört zu den wichtigsten Motiven von Rechtspopulist_innen. Hier bildet auch die AfD keine Ausnahme:

Die Partei spricht sich gegen Quotenregelungen und Maßnahmen gegen Diskriminierung aus, sie fordert eine Abschaffung der »Antidiskriminierungsgesetze«, welche eine Gleichstellung der Geschlechter fördern sollen (Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017, S. 12); und ihre Politiker_innen machen sich regelmäßig über geschlechtersensible Sprache lustig. Damit finden sie bis in die Mitte der Gesellschaft viel Zustimmung.

Grundsätzlich versteht die AfD Familien- und Geschlechterpolitik als Bevölkerungspolitik, was in einer angestrebten Umwandlung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in »Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung« seinen Ausdruck findet (S. 37). Die AfD will »nationale Bevölkerungspolitik« (S. 37) machen: Dafür setzt sie auf ein »traditionelles« Familienbild (S. 40) und eine »aktivierende Familienpolitik«, die kinderreiche Familien fördern soll (S. 37). Wenn die AfD gleichzeitig das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht wiedereinführen will (S. 32) und den Familiennachzug für Geflüchtete ausschließt (S. 31), wird deutlich, dass die sogenannte »Willkommenskultur für Kinder« einem völkisch bestimmten exklusiven Kreis vorbehalten bleiben soll. Alternative Lebensformen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und alleinerziehende Mütter und Väter werden von der AfD hingegen nicht als »klassische« Familie gesehen und deshalb politisch und strukturell nicht gefördert (S. 37).

Die Aufklärung über sexuelle Vielfalt und geschlechtliche Identitäten jenseits heterosexueller Vorstellungen im Rahmen des Schulunterrichts sieht die AfD als einseitige Hervorhebung an (S. 41). Unterrichtsinhalte sollen sich der Partei zufolge an »Regeln zu Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung, Lebensschutz und Kindererziehung« orientieren (S. 37). Damit werden individuelle Entscheidungen, abweichende Wünsche sowie die vielfältigen Lebensrealitäten von Menschen negiert.

Die AfD fordert ebenfalls eine Überarbeitung des Abtreibungsrechts: Sie will die Ausweitung der Meldepflicht für Abtreibungen und eine Neufassung der Zielbestimmung für die Schwangerschaftskonfliktberatung dergestalt, dass sie dem Schutz des Lebens dienen soll (S. 39). Das aktuelle Recht sieht eine ergebnisoffene Beratung vor. Mit der Forderung, das Schuldprinzip bei Ehescheidungen wieder einzuführen (S. 38), das meist zur rechtlich-materiellen Benachteiligung von Frauen geführt hat, wird die Abschaffung einer weiteren Errungenschaft der Frauenbewegung postuliert.

Neben diesen Forderungen, die einer gelebten Vielfalt von Lebens- und Familienformen sowie feministischen Er-

folgen entgegenstehen, sind Polemiken gegen Gender-Mainstreaming und Geschlechterforschung wichtige Themen der AfD. Insbesondere hier versucht sie sich als vermeintlich familienfreundlich zu inszenieren.

Das Konzept Gender-Mainstreaming wurde entwickelt, um in politischen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung zu tragen. Ziel ist es, eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen – zum Beispiel, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer. Die AfD vertritt die Ansicht, Gender-Mainstreaming würde traditionelle Familienkonzepte bedrohen, traditionelle Geschlechterrollen stigmatisieren und vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau negieren (S. 40). Die Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen soll daher nicht weiter gefördert, sondern unterbunden werden. Zusätzlich werden Quotenregelungen abgelehnt, zum Beispiel eine Frauenquote in Parteien, Gremien oder Unternehmensführungen.

Gender Studies bzw. die Frauen- und Geschlechterforschung untersucht die Entwicklung von gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen. Sie fragen, wie Geschlecht menschliche Gesellschaften prägt, wie es andersherum von ihnen geformt wird und welche Rolle dabei Macht und Ungleichheit spielen. Die AfD bezeichnet diese Forschung als unwissenschaftliche, politisch motivierte Forschung und fordert in ihrem Bundesprogramm, dass deren staatliche Förderung eingestellt und der Forschungsbereich gänzlich abgeschafft wird (S. 41). Dass an anderer Stelle des Wahlprogramms die Freiheit von Forschung und Lehre bewahrt werden soll (S. 45), kennzeichnet den Begriff von »Freiheit«, wie ihn die AfD vertritt.



Praxisbeispiel Mecklenburg-Vorpommern: Lebensrealitäten von LSBT*I*

Noch immer finden unterschiedliche Perspektiven und Bedürfnisse von LSBT*I* in Mecklenburg-Vorpommern kaum Berücksichtigung. Im gesellschaftlichen Zusammenleben und auf politischer Ebene sehen sie sich mit individuellen, aber auch strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. Neben sozialer Ausgrenzung erleben sie abfällige Bemerkungen in der Schule oder auf der Arbeit, Beschimpfungen auf der Straße oder sogar körperliche Angriffe. Betroffen sind auch Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden und in Mecklenburg-Vorpommern Asyl beantragen. Schon lange fordern Berater_innen von verschiedenen Initiativen die Erlaubnis, LSBT*I*-Geflüchtete zur Anhörung im Asylverfahren zu begleiten, um sie zu unterstützen und die Behörden für eine geschlechterreflektierte Anhörung zu sensibilisieren. Diese Forderung bleibt bisher ebenfalls unberücksichtigt.

Welche Auswirkungen auf die Lebenssituation von LSBT*I* hat der Einzug der AfD 2016 in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit 20,8 Prozent der Stimmen? Für Eckhard Brickenkamp, Vorstandsmitglied beim CSD Rostock e.V., haben sich die Befürchtungen bestätigt, die die LSBT*I*-Community hegte: »Der erarbeitete Landesaktionsplan wird momentan nicht weiter umgesetzt, die Stimmung gegenüber der queeren Community wird eindeutig rauer. Gerade in diesen Zeiten müssen kleinere Initiativen und Vereine unterstützt und einbezogen werden, um die Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen und Trans* zu erhöhen und zu verhindern, dass ihre Arbeit behindert oder die finanzielle Unterstützung gekürzt wird.« Zusätzlich wünscht er sich, dass die Selbstorganisationen den inhaltlichen Austausch und die Vernetzung verstärken, um sich klar zu positionieren. Brickenkamp betont in Hinblick auf die Bundestagswahl: »Wir müssen konkrete Forderungen formulieren und deutlich machen, welche Parteien sich für unsere Rechte einsetzen und daher wählbar sind.«

Weiterlesen:

»Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die andern ist man anders«. Eine Expertise des Vereins Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V., Ludwigslust 2016, www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/#Gender_und_Rechtsextremismus.

Die Expertise des Partnervereins der Amadeu Antonio Stiftung ist die erste umfangreiche Studie zum Thema Homo- und Trans*feindlichkeit für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Lebensgeschichtliche Interviews bieten einen Einblick in Alltagserfahrungen von Lesben, Schwulen und Trans*. Sie legen eine Vielzahl von Diskriminierungserfahrungen, aber auch Widerständigkeiten und Gegenstrategien der Betroffenen offen. Ein weiterer Schwerpunkt der Expertise liegt auf dem Bereich Schule und den Diskriminierungen, die gerade lesbische, schwule und trans* Jugendliche hier erleben.

Praxisbeispiel: AfD-Hausverbot im schwul-lesbischen Beratungszentrum

Thomas de Jesus Fernandez, Kreisvorsitzender der AfD Mecklenburg-Schwerin und inzwischen Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, hat seit Januar 2016 Hausverbot im schwul-lesbischen Kommunikations- und Beratungszentrum Klub Einblick in Schwerin. Hier treffen sich Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* der Region zu gemeinsamen Veranstaltungen und Aktivitäten. Der Verein bietet zum Beispiel Beratungs- und Aufklärungsangebote für Schulen an.

Das Hausverbot für de Jesus Fernandez wird damit begründet, dass der Politiker sich persönlich und wiederholt in den sozialen Medien ablehnend gegenüber Gleichstellung und Antidiskriminierungsgesetzen sowie Aufklärungsarbeit und Sexualkundeunterricht geäußert habe. »Diese Haltung steht im Widerspruch zu unseren Vereinszielen. Wir können akzeptieren, dass er als Mitglied einer Partei Beschlüsse mitträgt, aber nicht, dass er diese auch auf seinen privaten Profilen teilt. Deshalb haben wir ihn als Person, nicht als Kreisvorsitzenden der AfD, von unseren kulturellen und inhaltlichen Veranstaltungen ausgeschlossen«, erklärte der Verein dazu auf Nachfrage. Thomas de Jesus Fernandez könne jedoch weiterhin Beratungsangebote des Vereins, etwa die HIV-Beratung, wahrnehmen, denn diese biete der Verein allen Menschen an, egal welche politische Einstellung sie vertreten.





Das Staatstheater Stuttgart spannte am 11.10.2015 an seiner Fassade ein Riesenbanner in Regenbogenfarben auf, als Zeichen gegen eine Demonstration zum Thema »Ehe und Familie vor – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!«

© Matthias Wolf

Auf Facebook äußerte sich de Jesus Fernandez trotzdem anklagend und bezeichnete das Hausverbot gegen ihn als »undemokratischen Gesinnungsterror«. Er stellte zudem die Gemeinnützigkeit des Vereins infrage und kündigte an, das Hausverbot im Schweriner Landtag zu thematisieren. Die Gemeinnützigkeit ist für alle Vereine ein hohes Gut, sie ermöglicht Steuervorteile und berechtigt zum Bezug von Fördermitteln. Jedoch hat, anders als der AfD-Politiker das droht, dieses Hausverbot mit den oben genannten Gründen auf die Gemeinnützigkeit keinen Einfluss – besonders, da ihm nicht alle Vereinsaktivitäten verwehrt bleiben. Die einstimmige Entscheidung des Vereinsvorstands, vom Hausrecht Gebrauch zu machen, war mutig und unter den gegebenen Umständen berechtigt. Sie ist mitnichten »undemokratisch«, der Verein nimmt vielmehr seine demokratischen Rechte wahr.

Weiterlesen:

Mehr Informationen zum Thema Hausrecht finden Sie in der Broschüre der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus »Wir lassen uns das Wort nicht nehmen – Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen«, Berlin 2006, www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010_mbr_hr-wort_web.pdf.

Handlungsempfehlungen: Familienpolitik für Vielfalt

Ausgrenzung und Diskriminierung klar benennen und demokratischen Umgang einfordern

Werden Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihrer Lebensweise oder Identität abgewertet, ist es wichtig zu intervenieren, auf die Regeln eines demokratischen Miteinanders zu verweisen oder diese in einer Auseinandersetzung einzufordern. Ein Austausch über verschiedene Standpunkte ist Grundlage jeder demokratischen Praxis. Ob eine argumentative Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Positionen erfolgreich sein kann, ist jedoch abhängig davon, in welchen Situationen und mit wem diskutiert wird und welche persönlichen Grenzen für die Diskussion eine Rolle spielen. Grundsätzlich gilt: Eine emotionale Diskussion ersetzt keine sachliche Auseinandersetzung. Gleiches gilt allerdings auch für faktenresistente »postfaktische« Argumentationen.

Sich austauschen und Netzwerke gründen

Der Austausch in Gruppen und Netzwerken ist wichtig für die eigene inhaltliche Auseinandersetzung, für eine gemeinsame Positionierung und für die Stärkung der Betroffenen von Ausgrenzung und Gewalt. Dabei ist es wichtig, Betroffene ernst zu nehmen, sie einzubeziehen und ihnen Gehör zu verschaffen. Unterschiedliche Perspektiven sollten wahrgenommen und sichtbar gemacht werden.

Solidarität zeigen und sich positionieren

Die Forderungen der AfD richten sich gegen feministische und gleichstellungspolitische Erfolge und sind damit ein Angriff auf unsere heutige demokratische Gesellschaft. Es ist wichtig, antifeministische und vielfaltfeindliche Positionen der AfD zu entlarven, sie eindeutig zu benennen und sich dagegen zu positionieren. Dabei muss rassistischen Instrumentalisierungen geschlechterpolitischer Forderungen, Verallgemeinerungen und Stereotypen deutlich entgegengetreten werden. Angriffe auf Gleichstellung, sexuelle Vielfalt und Aufklärung sind solidarisch zurückzuweisen.

Eigene Themen setzen

Nicht nur auf rechtspopulistische Angriffe reagieren – es ist wichtig, ein positives und möglichst konkretes Bild einer offenen, demokratischen und damit für alle Geschlechter gerechten und zugänglichen Gesellschaft zu zeichnen. Dazu zählt die offensive Vertretung vielfältiger und offener Geschlechter- und Familienbilder, da sie im Unterschied zu den einengenden und diskriminierenden Vorstellungen der AfD der gelebten Realität entsprechen. In pädagogischen Arbeitsfeldern sind Ansätze sinnvoll, die auf eine Pädagogik der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt zielen.

Weiterlesen:

Amadeu Antonio Stiftung: Das Bild des übergriffigen Fremden – wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird. Berlin 2016, www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/#Gender_und_Rechtsextremismus.

Die Handreichung erklärt, wie sexualisierte Gewalt und die davon Betroffenen instrumentalisiert werden, um Vorurteile und Hass gegen Geflüchtete und Migrant_innen zu verbreiten.

Der Verein **Lola für Demokratie in MV** initiiert, fördert und unterstützt geschlechterreflektierende Projekte für demokratische Vielfalt und gegen biologistische Zuschreibungen von Männer- und Frauenrollen in Mecklenburg-Vorpommern. Mädchen und Frauen werden von dem Verein dabei unterstützt, ihre Möglichkeiten und Ressourcen besser wahrzunehmen und wirksam zu nutzen, um als starke Akteurinnen einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft in ihrer Region mehr Einfluss zu nehmen. Das Angebot des Vereins richtet sich aber nicht ausschließlich an Mädchen und Frauen, sondern an alle, die einen eigenen lebendigen und demokratischen Ausdruck suchen – jenseits von vorgefertigten Lebensentwürfen.

www.lola-fuer-lulu.de

lola@amadeu-antonio-stiftung.de

Telefon 03874. 570 22 25

Die Fachstelle **Gender und Rechtsextremismus** der Amadeu Antonio Stiftung bündelt Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis und bietet geschlechterreflektierende Beratung und Fortbildungen für Praktiker_innen an. Es werden unter anderem Fragen zu Geschlechterstereotypen, traditionellen Familienbildern und zum Umgang mit rechtsextremen Eltern behandelt.

www.gender-und-rechtsextremismus.de

Telefon 030. 240 886 12

gender@amadeu-antonio-stiftung.de

Zum Umgang mit Rechtspopulismus im Internet

Die AfD liebt das Internet. Für rechtspopulistische Thesen bietet es den perfekten Resonanzraum. Deshalb hat die Partei die Logik des Internets von Beginn an bedient – mit viel Ausdauer und mithilfe vieler engagierter Unterstützer_innen.

Wie die AfD das Internet nutzt

Die Strategie der AfD ist vor allem auf Social Media-Kanäle ausgelegt. Die größte Anhängerzahl und Reichweite hat die AfD derzeit auf Facebook. Dort »gefällt« die AfD-Hauptseite im Juni 2017 rund 326.000 Menschen – parteipolitische Spitzenposition vor den Hauptseiten von DIE LINKE (193.000), den Grünen (141.700), SPD (139.600), CDU (132.500) und FDP (83.000).

Die Facebook-Seite der Bundes-AfD wird für eigene Verlautbarungen genutzt, etwa zu Parteibeschlüssen, Programmen, Wahlkämpfen – oder um aktuelle Nachrichten zu kommentieren. Auf der Hauptseite der Bundes-AfD werden fast ausschließlich Sharepics mit längeren Erklärungen geteilt, also selbst erstellte Grafiken mit AfD-Abbindern. Nur sehr selten werden Links wie Presseartikel geteilt, die auf andere Seiten außerhalb von Facebook verweisen. Auch werden auf der AfD-Hauptseite fast nur Beiträge von anderen AfD-Seiten geteilt.

Die Sprache ist hier moderat und seriös, anders als in den Kommentaren. Hier wird ein bürgerliches Publikum bedient. Die Themen werden so gewählt, dass sie Emotionen auslösen – in der Regel Empörung. Die meisten Postings werden entsprechend intensiv von der Anhängerschaft kommentiert: Mehrere hundert Kommentare pro Posting, in denen überwiegend Parteifans unter sich bleiben, sind keine Seltenheit.

Neben der bundesweiten AfD-Hauptseite gibt es auch Bundesländerseiten, regionale und kommunale AfD-Seiten, dazu kommen noch Facebook-Seiten einzelner Politiker_innen. Auf ihren Profilen treten manche AfD-Funktionär_innen und -Politiker_innen offener auf und bedienen häufig den rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen Teil der rechtspopulistischen Szene. Gute Beispiele dafür sind der Brandenburger Landtagsabgeordnete Jan-Ulrich Weiß, der eine antisemitische Karikatur postete und dafür vor Gericht landete, oder der Berliner AfD-Kandidat Kay Nerstheimer, der auf seinem Profil gegen Homosexuelle hetzte. Dafür ist der Umgang der Partei mit diesen Postings typisch: Was auf den Politiker_innen-Profilen erscheint, lässt sich im Zweifelsfall als »Einzelmeynung« abtun. Als die antidemokratische Gesinnung bei Nerstheimer zu deutlich hervortrat, wurde er gebeten, aus der AfD-Fraktion auszutreten. Nun sitzt er fraktionslos im Abgeordnetenhaus, ist allerdings weiterhin Mitglied der AfD. Ein Parteiausschlussverfahren soll zwar offiziell eingeleitet werden – bisher sind allerdings

alle Ausschlussverfahren, die aufgrund von Social-Media-Postings betrieben wurden, irgendwann versandet.

Der Facebook-Auftritt der Bundes-AfD ist so außergewöhnlich erfolgreich, dass über seinen ersten Administrator, einen ehemaligen Autohändler aus Aschaffenburg, schon eigene Porträts in der Presse zu lesen waren. Nach eigenen Aussagen bearbeitet er die Seite weitestgehend alleine. Der Twitter-Kanal der Bundes-AfD »liked« und »retweeted« auch – und offenbart so Vernetzungen in die rechtsextreme Szene, wie eine Datenrecherche auf dem Blog *Netzpolitik.org* aus dem Mai 2017 nachgewiesen hat.

Warum hat die AfD (trotzdem) so viele Fans und Follower?

Die Fans kommen vor allem aus den weitverzweigten rechtsextremen, rechtspopulistischen, völkischen, patriotischen, rechtskonservativen, islamfeindlichen, antifeministischen Online-Netzwerken, die schon seit Jahren auf einen Erfolg versprechende politische Repräsentation gewartet haben dürften.

Die AfD erhielt im Internet massive publizistische Unterstützung durch die gesamte Rechtsaußen-Szene – selbst durch Seiten und Akteure, denen die Thesen viel zu harmlos hätten klingen müssen. Während Bernd Lucke noch der Meinung war, man könne eine rechtspopulistische Partei betreiben und trotzdem eine eher demokratische, nur dezent menschenfeindliche Anhängerschaft ansprechen, wussten die unterschiedlichen Hass-Communitys früh, dass sie in der AfD ein politisches Sprachrohr für ihre Thesen finden würden – und postulierten dies auch im Internet. In diesem Sinne ist die AfD ohne Zweifel die Partei für das Internet, zumindest für den menschenfeindlichen Teil des Internets. Die Unterstützung für die AfD auf allen rechtspopulistischen Seiten hielt entsprechend an. Die seit 2015 zu beobachtende Radikalisierung der Partei wurde dabei applaudierend zur Kenntnis genommen.

Warum ist das Internet für die AfD so nützlich?

Die Rechtspopulist_innen können hier Themen platzieren, die in den klassischen Medien nicht abgebildet werden, und die Ressentiments ihrer Anhänger_innen bedienen. Über diesen Umweg der Provokation in sozialen Netzwerken landet die Partei oft genug doch noch in den klassischen Medien. Das liegt daran, dass die Logik der Kommunikation in sozialen Netzwerken den Regeln der Kommunikation des Rechtspopulismus entspricht: Provokation, Zuspitzung und Ironie verbreiten sich viraler als sachliche Argumente und Differenzierung.

Praktisch auch für die AfD: Da es den Anhänger_innen mehr um Emotionen als um Wahrheiten geht, ist es nicht einmal ein Problem, wenn sich Internet-Postings als falsch herausstellen. Als beispielsweise der Berliner Landesver-

band der AfD auf Facebook und Twitter eine Reisewarnung für Schweden verbreitete, sprach das Auswärtige Amt – ungewohnt deutlich – von »Fake News«. Selbst die Berliner AfD nannte den Beitrag »natürlich objektiv falsch« - unmittelbar gelöscht hat sie ihn dennoch nicht. Entsprechend befreit veröffentlicht die AfD viel und regelmäßig und schafft sich so ihre eigene Öffentlichkeit, die oft etwas von einem Paralleluniversum hat. Politikberater Johannes Hilje beschreibt ihr Vorgehen gegenüber *Netzpolitik*: »Die Partei hat mit dem Schimpfen auf die »Lügenpresse« einen Bedarf nach wahrhaftigen Medien geschaffen. Den versucht sie jetzt durch eigene Parteikanäle zu befriedigen.

Nutzt die AfD Bots?

Meinungsmanipulation durch Bots, also durch künstliche Accounts, die so tun, als wären sie Menschen, wurde bereits im amerikanischen Wahlkampf rechtspopulistisch erfolgreich eingesetzt. Kein Wunder also, dass AfD-Spitzenpolitikerin Alice Weidel den Einsatz von Bots auf Nachfrage des Spiegels im Oktober 2016 interessant fand: »Selbstverständlich werden Social Bots in unserer Strategie im Bundestagswahlkampf bedacht werden. Gerade für junge Parteien wie unsere sind Social-Media-Tools wichtige Instrumente, um unsere Positionen unter den Wählern zu verbreiten.« Als allerdings offenkundig wurde, dass alle anderen Parteien den Einsatz von Bots im Wahlkampf als unseriös ablehnen, zog auch die AfD zurück. Recherchen von *Netzpolitik.org* und *Tagesspiegel DATA* im Mai 2017 zeigen: Zumindest wird die AfD auf Twitter durch halbautomatisierte Fake-Accounts mit gekauften Followern unterstützt; der größte heißt »Balleryna« (287.000 Follower) und wurde erst scheinbar unabhängig von einer russisch-deutschen Frau geführt, inzwischen aber mit AfD-Logo. Immer noch gilt: Wirkungsvoller als Maschinen sind für die AfD ihre überaus engagierten Nutzer_innen, die ihre Inhalte aus politischer Überzeugung verbreiten – auch über parteiunabhängige anonyme Fake-Accounts.

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD im Internet

#Argumentieren und widersprechen

AfD-Profilen zu besuchen und dort zu argumentieren, erscheint wenig sinnvoll, da kritische Beiträge in der Regel schnell gelöscht werden können. Eine Ausnahme bildet Instagram, wo zur Zeit anscheinend überhaupt nicht moderiert wird.

Wo also argumentieren? – Überall dort, wo AfD-Bilder oder -Argumente in der eigenen Timeline geteilt werden oder in der Kommentarspalte einer Nicht-AfD-Facebook-Seite, wo deren Beiträge geteilt werden; oder wenn die Beiträge plötzlich im vorpolitischen Raum auftauchen, etwa in Facebook-Gruppen mit regionaler Bedeutung.

Monitoring

Um zu wissen, wie Themen innerhalb der AfD-Anhängerschaft diskutiert werden oder was AfD-Funktionär_innen verlautbaren, kann es sinnvoll sein, regelmäßig ein Auge auf Seiten der AfD und ihrer Akteur_innen zu werfen. Hier lassen sich teilweise Vernetzungen und Verflechtungen mit rassistischen, islamfeindlichen, antisemitischen, rechtsextremen oder flüchtlingsfeindlichen Akteuren und Seiten belegen.

Counter Speech

Wenn die AfD bestimmte Themen besetzt, lassen sich in sozialen Netzwerken mit überschaubarem Aufwand inhaltlich fundierte Gegen-Seiten erstellen – zum Beispiel gegen die antifeministischen AfD-Narrative mit einer Fürsprache für die Aufklärung über sexuelle Vielfalt.



Beispiel:**Geburt und Verbreitung einer falschen Nachricht**

In einer Rede auf dem Evangelischen Kirchentag im Mai 2017 in Berlin kritisierte die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, die familienpolitischen Forderungen der AfD – und erntete dafür einen Shitstorm.

Käßmann zitierte aus dem AfD-Wahlprogramm, darin heißt es: »Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.« Sie verglich die Forderung der Partei anschließend mit dem »Ariernachweis« der Nationalsozialist_innen und kritisierte: »Keine Frage mehr, jetzt ist es klar. Frauen sollen Kinder bekommen, wenn sie ›biodeutsch‹ sind. Das ist eine neue rechte Definition von einheimisch gemäß dem sogenannten kleinen Arierparagrafen der Nationalsozialisten: zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht.«

Der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen warf Käßmann daraufhin vor, »Millionen Deutsche als Nazis« zu beleidigen. Diese Lüge wurde von zahlreichen Accounts auf Facebook und Twitter aufgegriffen und weiterverbreitet. Was Käßmann eigentlich gesagt hatte, spielte keine Rolle mehr; auf ihre Kritik wurde nicht eingegangen und es wurde nur noch ihr letzter Satz immer wieder aus dem Zusammenhang gerissen und zitiert: »Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht.«

Der Fall macht deutlich, wie Rechtspopulist_innen in den sozialen Medien auf Kritik an der AfD reagieren und welche Dynamik Shitstorms entfalten können:

- 1) Die AfD wird kritisiert.
- 2) Passagen der Kritik werden aus dem Kontext gerissen und solange verkürzt, bis das Gesagte auf die kritisierende Person zurückfällt. Auf die Kritik wird inhaltlich nicht eingegangen.
- 3) Das verkürzte Zitat wird weiterverbreitet und weiterverbreitet und weiterverbreitet.
- 4) Der_die Kritiker_in wird beleidigt und denunziert.
- 5) Die eigentliche Kritik geht unter.

Das Beispiel des Shitstorms gegen Margot Käßmann zeigt: Rechtspopulist_innen haben ein lockeres Verhältnis zur Wahrheit und reißen Aussagen auch mal aus dem Zusammenhang, wenn es der eigenen Weltsicht dienlich ist. Ist die Empörungsmaschinerie in Gang, dann lässt sie sich schwer aufhalten.

Handlungsempfehlungen:**Was gegen Online-Shitstorms hilft****# Digitale Strategien entwickeln, Multiplikator_innen fortbilden**

Besonders Jugendliche, die Opfer von Hass werden, fühlen sich vollkommen ohnmächtig, da sich die Hetze in Sekundenschnelle verbreitet. Betroffene wissen oftmals nicht, wie sie sich dagegen wehren können. Sie haben mitunter das Gefühl, ganz allein dazustehen, keine Verbündeten zu haben und keine Unterstützung zu bekommen. Das liegt auch daran, dass viele Multiplikator_innen noch immer die Macht des Netzes unterschätzen, Anfeindungen bagatellisieren und nicht ernst nehmen, welche Effekte Hate Speech haben kann. Außerdem wissen Ansprechpersonen in Schule, Universität oder Beruf oft selbst nicht, was sie tun und raten können.

Aktiv werden gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die zunehmende Enthemmung in den sozialen Netzwerken trifft jüdische und muslimische Menschen, Schwarze Menschen und Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, Feminist_innen, Lesben, Schwule und Trans*menschen besonders hart. Sie verdienen die Solidarität aller Menschen, denn ein Angriff auf sie ist ein Angriff auf eine pluralistische und vielfältige Gesellschaft.



Meme: Die Kunst des Remix. Bildsprache politischer Netzkultur, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/meme-internet.pdf

Unterstützung einholen

Rechtspopulistische Shitstorms können vor allem durch die gefühlte Übermacht der Hetzenden sehr entmutigend wirken. Deshalb ist Solidarität gefragt: demokratische und sachliche Gegenrede – und davon möglichst viel. Nutzen Sie die Ihnen zur Verfügung stehenden Netzwerke, bitten Sie Freund_innen, Familie und Arbeitskolleg_innen mit zu diskutieren. Initiativen wie **#ichbinhier** gehen gezielt in Online-Diskussionen, engagieren sich mit sachlichen und respektvollen Kommentaren in der Diskussion und unter hetzerischen Beiträgen – damit der Hass nicht unwidersprochen bleibt.

Bei Online-Kampagnen mit Hass rechnen

Aufklärung und Kampagnenarbeit in sozialen Netzwerken sind notwendig, aber häufig schlecht umgesetzt, verkehren sich dadurch ins Gegenteil und entwickeln sich zu einem Anziehungspunkt (»Honeypot«) für Hater_innen. Erfolgreicher sind glaubwürdige Absender_innen, in der Arbeit mit Jugendlichen sind *peer to peer*-Ansätze Erfolg versprechend, also eine Ansprache auf Augenhöhe.

Sie planen eine kontroverse Veröffentlichung, Veranstaltung oder ein Posting zu einem Thema, das emotionale Debatten erwarten lässt – zum Beispiel über Flucht und Migration? Dann kalkulieren Sie den Hass mit ein. Ihre Aussagen sollten einwandfrei belegbar sein. Überlegen Sie, welche typischen Einwände formuliert werden könnten und bereiten Sie sachliche Antworten darauf vor. Veröffentlichen Sie dann, wenn Sie auch Zeit haben, die Reaktionen zu moderieren und mögliche strafrechtlich relevante Beiträge zu dokumentieren.

Ist es hilfreich, Hater_innen proaktiv anzusprechen?

- rechtsextreme, verschwörungsideologische oder maskulinistische Netzwerke mit geschlossenem Weltbild und klaren strategischen Absichten: nein.
- mobilisierte, möglicherweise unsichere, aber emotionalisierte User_innen, die sich von Hasswellen mitreißen lassen und diese aktiv mit verbreiten: ja; möglicherweise jedoch nicht öffentlich, sondern mittels persönlicher Nachricht oder über *peer to peer*-Ansätze.

Onlineansprache mit dem Ziel der Deradikalisierung funktioniert nur in begrenztem Maße, sie ist sehr zeitintensiv und weist eine hohe Schnittmenge mit der Onlinesozialarbeit auf.

Weiterlesen:

Mehr Informationen zum Thema Hate Speech im Netz und dazu, wie damit umgegangen werden kann, finden sich im Monitoringbericht »Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web« der Amadeu Antonio Stiftung, der unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen zum Download bereitsteht.

Grundsätzliches zu Anfeindungen und Bedrohungen finden Sie in der Broschüre »Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen« der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter dienen als wichtige Hilfsmittel zur Wählermobilisierung. Keine Partei profitiert so sehr davon wie die AfD. Das Projekt **debate//de:hate – Für digitale demokratische Kultur** der Amadeu Antonio Stiftung widmet sich rassistischer Hetze im Internet und in den sozialen Medien. Es unterstützt Menschen, die sich für demokratische Werte, gegen hasserfüllte Ideologie und Hetze einsetzen wollen.

www.debate-dehate.com
Telefon 030. 240 886 24
info@amadeu-antonio-stiftung.de



»Die AfD ist der Garant für die freie Rede«

Eine Auswahl von Zitaten

Rassismus:

»Die Evolution hat Afrika und Europa, vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert. In Afrika herrscht nämlich die sogenannte R-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt. Dort dominiert der sogenannte »Ausbreitungstyp«. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraums optimal ausnutzen möchte.« (Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag) (Quelle: Panorama: AfD: Höckes Lehre von den Menschentypen. Hamburg 2015, <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/AfD-Hoeckes-Lehre-von-Menschentypen,hoeckeslehre100.html> [zugegriffen: 05.07.2017])

Erklärung: Hier wird eine biologische Theorie nahtlos auf den Menschen übertragen. Das ist blanker Rassismus und erinnert an die Rassentheorie des Nationalsozialismus.

Antidemokratische Einstellungen:

»Breivik ist aus Verzweiflung heraus zum Massenmörder geworden.« (Jens Maier, Richter und Direktkandidat der Dresdener AfD für den Bundestag) (Quelle: Robert Kiesel: AfD-Politiker Jens Maier: Breivik handelte aus Verzweiflung. In: Vorwärts, Berlin 2017, www.vorwaerts.de/artikel/afd-politiker-jens-maier-breivik-handelte-verzweiflung [zugegriffen: 05.07.2017]) Das Original-Video der Tagung der neurechten Querfront-Zeitschrift »Compact« ist mittlerweile nicht mehr öffentlich.

Erklärung: Jens Maier macht aus dem Massenmord an 77 Personen – überwiegend Jugendliche – einen nachvollziehbaren Notwehrakt und spricht so Breivik weitestgehend die Verantwortung für den größten Terrorakt in der norwegischen Nachkriegsgeschichte ab.

Feindschaft gegen den Islam:

»Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet. Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, [...] Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen – all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.« (Alice Weidel) (Quelle: Alice Weidel: Kein Zurückweichen. In: Junge Freiheit, Berlin 2016, <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2016/kein-zurueckweichen> [zugegriffen: 05.07.2017])

Erklärung: In dieser Aussage wird überdramatisiert und verallgemeinert. Behauptet wird eine grundsätzliche Unvereinbarkeit des Islams mit unserer Gesellschaft. Es wird ein Feindbild aufgebaut.

Flüchtlingsfeindliche Haltung:

»Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinder-Augen erpressen lassen.« Und weiter: »Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab.« (Dr. Alexander Gauland, stellvertretender Bundessprecher der AfD und Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Brandenburg) (Quelle: Zeit Online: Alexander Gauland »Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen«. In: Zeit Online, Berlin 2016, www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/alexander-gauland-afd-fluechtlingskrise-fluechtlingspolitik-grenzen [zugegriffen: 05.07.2017])

Erklärung: Asyl ist ein Grund- und Menschenrecht und kein Wasserrohrbruch. Schutzsuchende haben ein Recht auf faire und individuelle Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit. Mit dem Gleichnis stilisiert Gauland Asylsuchende zu Dingen und entmenschlicht sie.

Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transfeindlichkeit:

»Das sollten wir in Deutschland auch machen!« (Andreas Gehlmann, AfD-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt) – ein Zwischenruf in der Rede der Abgeordneten Henriette Quade von DIE LINKE: »Wer Homosexualität offen auslebt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe.« (Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht. 5. Sitzung, Plenarprotokoll 7/5, Magdeburg 2016, S. 64)

Erklärung: Seit 1994 stehen homosexuelle Handlungen in Deutschland nicht mehr unter Strafe. Diese Äußerung ist klar homofeindlich und stellt grundlegende Menschenrechte zur Disposition.

»Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch »korrigiert« werden.« (Quelle: Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Stuttgart 2016, S. 55, www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_webversion.pdf [zugegriffen: 05.07.2017])

Erklärung: Mit dieser Äußerung stellt sich die AfD gegen die gesetzlich festgelegte Gleichberechtigung der Geschlechter. Die gelebte Vielfalt und das Recht auf freie Entfaltung aller soll eingeschränkt werden.

Völkischer Nationalismus:

»Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land.« (Dr. Alexander Gauland) (Quelle: AFD-Television 2/AfD Kreisverband Elbe-Elster: Demo in Elsterwerda. Rede mit Alexander Gauland von der AfD 02.06.2016, Youtube, www.youtube.com/watch?v=STUZrZ4gl7A [zugegriffen: 05.07.2017])

Erklärung: Der Satz wurde zuerst verwendet und geprägt durch die Neonazi-Band »Gigi und die Braunen Stadtmusikanten« im Refrain des Songs »Tolerant und Geisteskrank«, der 2010 auf der CD »Adolf Hitler lebt!« veröffentlicht wurde. Auf diesem Album feierten sie auch die Mordserie des rechtsextremen Nationalsozialisten Untergrunds (NSU) und befürworteten weitere Morde an Migrant_innen.

»Nehmen Sie die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden.« (André Poggenburg, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Sachsen-Anhalt) (Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht, 20. Sitzung, Plenarprotokoll 7/20, Magdeburg 2017, S.40.)

Erklärung: Mit der Bezeichnung »Wucherung am deutschen Volkskörper« benutzt Poggenburg NS-Vokabular. Ein Krankheitsbild muss aus medizinischer Sicht entfernt werden, was eine Vernichtungshaltung impliziert.

Geschichtsrevisionismus:

»Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.« (Björn Höcke) (Quelle: Pegida in Dresden – Die Dokumentation: Rede Björn Höcke Dresden live bei der Jungen Alternative AfD – Dresdner Gespräche, veröffentlicht am 18.01.2017, www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRfIs [zugegriffen: 05.07.2017]).

Erklärung: Höcke bezieht sich damit auf das Holocaust-Denkmal in Berlin. Er kritisiert die Erinnerung an den Holocaust an zentralen Orten in Deutschland. Verbunden ist dies mit der Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik.

»Nach 1945: Aus dem kollektiven Gedächtnis erfolgreich gelöscht. Die Gräueltaten an der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Man hat gewartet bis die Zeuggeneration stirbt, um für immer zu schweigen. Denn es mag so gar nicht zu dem Schuld kult passen.« (Alice Weidel, AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl) (Quelle: Alice Weidel: Nach 1945: Aus dem kollektiven Gedächtnis erfolgreich gelöscht, veröffentlicht am 24.06.2017, Facebook, www.facebook.com/aliceweidel/posts/1588809537796942 [zugegriffen: 05.07.2017]).

Erklärung: Neonazis, aber auch Vertreter_innen der Neuen Rechten, reden gern von einem deutschen »Schuld kult«, wenn es ums Erinnern an die Verbrechen des Dritten Reiches geht. Der Gebrauch dieses Begriffs ist Teil eines umfassenden Versuchs, Ursachen, Verlauf und Folgen des Nationalsozialismus zu leugnen oder zumindest zu verharmlosen. Der Begriff »Schuld kult« soll jede kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als lächerlich und aufgezwungen erscheinen lassen.

Anfeindungen gegen Medien und Presse:

»Die von vielen sogenannte »Lügenpresse« hat sich ihren Namen nicht selten redlich verdient. An Stelle objektiver Berichterstattung propagiert sie eine fatale Willkommenskultur. Das GEZ-gebührenfinanzierte Staatsfernsehen markiert uns als Gegner, weil wir sagen, was nicht gesagt werden soll. Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau auf unserem Land. Die AfD ist der Garant für die freie Rede und die schonungslose, ehrliche Analyse der Lage.« (AFD TV: Der Flügel: 5 Grundsätze für Deutschland. AfD mit Björn Höcke, veröffentlicht am 07.06.2016, Youtube, www.youtube.com/watch?v=eszEU8nsWdE [zugegriffen: 05.07.2017]).

Erklärung: Höcke nutzt den in der rechtspopulistischen Szene beliebten Begriff »Lügenpresse«, den auch schon Joseph Goebbels zur Diffamierung einer freien Presse nutzte. Mit dem Begriff »Staatsfernsehen« suggeriert er, der öffentliche Rundfunk würde staatlicher Zensur unterliegen und wie in der DDR nur die Meinung der Regierung nach außen vertreten.

Undemokratische Erziehungsideale

»Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden.« (André Poggenburg) (Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht, 20. Sitzung, Plenarprotokoll 7/20, Magdeburg 03.02.2017, S. 40)

Erklärung: Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, welches in Art. 26 der UN-Menschenrechtscharta garantiert wird. Es darf niemandem verwehrt werden.

Gewaltszenarien

»Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.« (Björn Höcke) (Quelle: Der Tagesspiegel: Höcke-Rede im Wortlaut. »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, Berlin 2017, www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-diese-regierung-ist-zu-einem-regime-mutiert/19273518-2.html [zugegriffen: 05.07.2017]).

Erklärung: Das ist eine implizite Drohung mit Szenarien quasi bevorstehender Gewalt. Sollte die AfD nicht friedlich an die Macht gelangen, drohe ein Bürgerkrieg.

Literatur, Ratgeber, Websites

Literatur über die AfD und den Umgang mit Rechtspopulismus

- Andreas Speit: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte, Bonn 2017.
- Correctiv: Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe, Berlin 2017.
- Friedrich-Ebert-Stiftung: Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, www.fes.de/de/gespaltene-mitte-rechtsextreme-einstellungen-2016.
- Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD - Pegida - Gewaltnetze, Berlin 2016.
- Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrop: Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016.
- Justus Bender: Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017.
- Matthias Quent: Rechter Populismus oder populärer Rechtsextremismus? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie, Jena 2017, S. 199-209.
- Melanie Amann: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017.
- Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg 2017.
- Oliver Geden: Rechtspopulismus. Funktionslogiken - Gelegenheitsstrukturen - Gegenstrategien. Berlin 2007.
- Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017.
- Wolfgang Benz (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte? Berlin 2016.

Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen in Auseinandersetzung mit der AfD

- Aktionsbündnis Brandenburg und Landesjugendring Brandenburg: Kampagne »Bunt statt Grauland«, www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktuelles/bunt-statt-grauland.
- Bund der katholischen Jugend (BDKJ): Bühne frei für Weltoffenheit. Fragen und Antworten zum Umgang mit der AfD im Bundestagswahlkampf, 2017, www.bdkj.info/fileadmin/BDKJ/bdkj-dioezesanstelle/Zukunftszeit/FlyerAfD.pdf.
- Bund deutscher Pfadfinder_innen: AfD - eine jugendfeindliche Partei, Frankfurt a.M., <http://bundesverband.bdp.org/content/afd-eine-jugendfeindliche-partei>.
- Deutscher Bundesjugendring: Rechtspopulist_innen entgegneten - zum Umgang der Jugendverbände und -ringe mit der AfD, Berlin 2016, www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/blog/dokumente_tmp/dbjr-position-afd.pdf.
- DIE LINKE: »Stoppt die AfD!« Linke Antworten auf die Gefahr von rechts, Berlin 2017, www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/2017-04-00_stoppt_die_afd_broschuere.pdf.
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU: Wohin führen die Alternativen der AfD? Ein Faktencheck, Berlin 2016, http://www.eak-cducsu.de/sites/www.eak.cdu.de/files/downloads/onlinepublikation/20_6_2016-15_00_40-eak_afd-brosch_a5_web.pdf.
- Gewerkschaft der Polizei Thüringen: Info 03/2017 - Scham? Wut? Mut! - Wir wissen nicht, wo wir anfangen sollen, mit dem polizeilichen Anfangsverdacht oder mit gewerkschaftlicher politischer Neutralität oder mit »uniformierter Courage?«, www.gdp.de/gdp/gdpth.nsf/id/DE_Info-03-2017-Scham-WutScham-Wut-Mut?open&ccm=000.
- Heinrich Böll Stiftung Sachsen: Zur Sache! Was die AfD wirklich will, Dresden 2017.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Wi(e) der sprechen. Über die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland und die Notwendigkeit, über Demokratie zu sprechen, Berlin 2015, www.mbr-berlin.de/wieder-sprechen.
- Verdi Berlin-Brandenburg: Argumente statt Parolen. Wir hinterfragen die kruden Positionen der AfD, Berlin 2016, www.verdi8-hellweg.de/ver-di-argumentationskarten-zur-afd.

Argumente gegen Rassismus, Antifeminismus und Menschenfeindlichkeit

News

- www.belltower.news - eine Plattform der Amadeu Antonio Stiftung
- www.debate-debate.com - für eine digitale demokratische Kultur
- Pro Asyl, Amadeu Antonio Stiftung u.a.: Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa, Frankfurt a.M. u.a. 2017, www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen

Gewerkschaften

- Aktiv werden! Das Portal gegen Diskriminierung der ver.di Jugend - www.aktiv-gegen-diskriminierung.de
- Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. - www.gelbehand.de

- Respekt! Aktiv und engagiert gegen Rassismus, eine Plattform der IG Metall – www.respekt.tv

Literatur

- Alexander Häusler: Die »Alternative für Deutschland«: Rechte Radikalisierungstendenzen im politischen Werdegang einer neuen Partei, www.bpb.de/politik/extremismus/240958/werdegang-der-alternative-fuer-deutschland.
- Andreas Kemper: »... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden«. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AfD), Jena 2016, www.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf.
- Andreas Kemper: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung 2014, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Gender Mainstreaming, www.bpb.de/gesellschaft/gender/gender-mainstreaming.
- Henning von Barga und Barbara Unmüßig: Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte. 2016, www.gwi-boell.de/de/2016/09/28/antifeminismus-scharnier-zwischen-rechtem-rand-und-mitte.
- Jasmin Siri und Marcel Lewandowsky: Alternative für Frauen? Rollen, Netzwerke, geschlechterpolitische Positionen in der Alternative für Deutschland (AfD), 2015, www.boell.de/sites/default/files/policypaper_siri_lewandowsky.pdf.
- Juliane Lang: Feindbild »Genderismus«. Antifeministische Diskurse in der extremen Rechten. 2015, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_GK-Rechts.pdf.
- Regina Frey, Marc Gärtner, Manfred Köhnen und Sebastian Scheele: Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse, 2014, www.boell.de/sites/default/files/gender_wissenschaftlichkeit_ideologie_2.aufgabe.pdf.
- Dorothee Beck und Barbara Stiegler: Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft. 2017, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13544.pdf>.



UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE GEGEN POPULISTISCHE STIMMUNGSMACHE, FÜR DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Bereichen engagieren. Zu den bereits über 1.200 geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- die Ausstellung »Wa(h)re Angst. Ein Marktplatz der Gegenwart« 2017 im Kreativzentrum Pforzheim, die sich mit Rechtspopulismus aus künstlerischer und philosophisch-ökonomischer Sicht auseinandersetzt
- den Workshop »Geschlechtergerechtigkeit und AfD« im Januar 2017 beim Frauenfrühstück des Internationalen Frauenzentrums in Bonn
- das Fachgespräch »Menschen- und Kinderrechte solidarisch verteidigen – Zum Umgang mit politischem Populismus und Menschenfeindlichkeit« des Netzwerkes zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Mai 2017 in Berlin

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

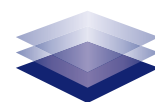
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22

- ✉ info@amadeu-antonio-stiftung.de
- 🌐 amadeu-antonio-stiftung.de
- 📘 [facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)
- 🐦 twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Als die AfD die politische Bühne betrat und schnell medial sehr präsent wurde, war die Aufregung groß. Vielerorts wurde dazu aufgerufen, die AfD zu »entzaubern« und »inhaltlich zu stellen«. Seitdem ist nicht viel passiert. Parteien und NGOs haben Handreichungen zum Rechtspopulismus entwickelt, Zeitungen befragen ihre Leserschaft zur »Demokratiekrise«, und die Geschäftsordnung des Bundestags wurde geändert, um einen Alterspräsident der AfD zu verhindern.

Doch auch wenn gelegentlich der Eindruck entsteht, die Erfolgsserie der AfD sei zu Ende: Gerade auf kommunaler Ebene führt allein schon ihre Wahl in lokale Gremien zu erheblicher Unsicherheit. Von unseren Nachbarländern und aus wissenschaftlichen Studien wissen wir: Das Auftreten rechtspopulistischer Parteien verändert auch ohne Regierungsbeteiligung die politische Kultur entscheidend.

Mit der vorliegenden Handreichung wollen wir daher zu einer neuen Form der Auseinandersetzung beitragen. Wir wollen, dass sich Parteien, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und staatliche Verwaltungen menschen- und freiheitsrechtlich *positionieren*, menschenfeindliche Positionen *konfrontieren* und für eine offene Gesellschaft *streiten*. Hier geht es nicht darum, den anderen im Meinungsstreit zu besiegen, sondern in der Auseinandersetzung den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in den Vordergrund zu stellen.